

Dokumentation der Partnerfachtagung

# „Krisen bewältigen – Konflikte bearbeiten. Kommunale Strategien für bewegte Zeiten“

Des K3B – Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung  
des VFB Salzwedel e.V.

Am 18. und 19. Oktober 2023 in Weißenfels, Sachsen-Anhalt



# Inhaltsverzeichnis

|               |   |
|---------------|---|
| Vorwort ..... | 4 |
|---------------|---|

## Mittwoch, 18.Oktober 2023

|  |    |
|--|----|
| Grußwort Martin Papke (Oberbürgermeister der Stadt Weißenfels) .....   | 5  |
| Grußwort Dr. Ulrike Gatzemeier (Leiterin des K3B) .....  | 6  |
| Vom Gemeinschaftswerk zur sozialen Polarisierung – und zurück?<br>Kommunale Konfliktberatung aus energie- und klimapolitischer Sicht<br>Dr. Fritz Reusswig ..... | 10 |
| Diskussion des Eröffnungsvortrags .....  | 12 |
| Impulse aus Weißenfels: Rundgänge zu Orten und Initiativen .....   | 13 |
| <i>Rundgang 1: Kunst inspiriert – Kunst verbindet.</i><br>Ein Rundgang durch den Kunstverein BRAND-SANIERUNG .....   | 14 |
| <i>Rundgang 2: Wandel und Herausforderungen in der Weißenfelser Neustadt</i><br>Ein Beratungszentrum stellt sich vor .....                                       | 15 |
| <i>Rundgang 3: Zwischen Schlachthof und Dorfidylle</i> .....   | 16 |
| <i>Rundgang 4: Das Neustadtbüro als zentrale Anlaufstelle im internationalen Quartier</i> .....  | 17 |
| <i>Rundgang 5: Die Weißenfelser Neustadt aus Sicht junger Menschen</i><br>Über Jugendbeteiligung und Perspektiven .....  | 18 |
| <i>Rundgang 6: Die Neustadt – Ein Problemviertel?</i> .....  | 19 |
| Grußwort Anna Stein (Vorstandsvorsitzende VFB Salzwedel e.V.) .....  | 20 |

## Donnerstag, 19.Oktober 2023

|   |    |
|---|----|
| Diskussionsforen „Praxis im Dialog. Konfliktbearbeitung im kommunalen Raum“ .....   | 21 |
| <i>Forum 1.1: Konfliktfeld Zuwanderung</i><br>Von Kontinuitäten und (notwendigen) Veränderungen .....   | 21 |
| <i>Forum 1.2: Kommunen für Integration stärken:</i><br>Erfahrungen aus dem Kommunalen Konfliktmanagement in NRW .....                                     | 23 |
| <i>Forum 1.3: Zwischen Krise und Aufbruch.</i><br>Beobachtungen zur Bewältigung des Kohleausstiegs in der Lausitz und<br>dem Mitteldeutschen Revier ..... | 24 |
| <i>Forum 1.4: Zwischen dem Wunsch nach Sachlichkeit und Ausdruck von Gefühlen:</i><br>Zum Umgang mit Emotionen in (Planungs-)Konflikten .....             | 25 |

|  |    |
|--|----|
| <i>Forum 1.5: Wer redet noch mit wem?</i><br>Vielfalt und Integration gemeinsam gestalten in der Stadt Zittau . . . . .  | 26 |
| <i>Forum 1.6: Beteiligung und Konflikt.</i> . . . . .  | 28 |
| <i>Forum 2.1: Eine Frage der Allparteilichkeit:</i><br>Mobile Beratung - und Konfliktberatung? . . . . .   | 28 |
| <i>Forum 2.2: „Ich fühle mich hier nicht mehr sicher!“</i><br>Wie können Ordnungsbehörden das Sicherheitsempfinden von Menschen in<br>herausfordernden Stadtteilen positiv beeinflussen? . . . . . | 30 |
| <i>Forum 2.3: Umgang mit Hass, Bedrohung und Gewalt.</i><br>Möglichkeiten zur Prävention und Intervention in kommunalen Konflikten . . . . .   | 31 |
| <i>Forum 2.4: Innovation und Teilhabe im ländlichen Raum am Beispiel Osterburg</i> . . . . .   | 32 |
| <i>Forum 2.5: Eine demokratische Konfliktkultur für die Energiewende</i><br>Zur Rolle der Kommunen . . . . .   | 33 |
| <i>Forum 2.6: Anerkennung, Teilhabe, Mitbestimmung</i><br>Gemeinsam vielfältige Kommunen gestalten . . . . .   | 34 |
| Kreativer Dialog zur Tagung und Übertragung in die Praxis mit der<br>Gruppe Playback Theater Berlin. . . . .   | 35 |
| Abschluss . . . . .  | 36 |

## Impressum:

Herausgeber:

K3B – Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung

Verein zur Förderung der Bildung – VFB Salzwedel e.V.

Alte Pumpe 11, 29410 Salzwedel

Telefon: 03901 30891 36

E-Mail: [konfliktberatung@vfb-saw.de](mailto:konfliktberatung@vfb-saw.de)

[www.k3b-saw.de](http://www.k3b-saw.de)

Vertreten durch:

Anna Stein (Vorstandsvorsitzende), Nicole Lindstedt (stellv. Vorstandsvorsitzende), Thomas Koberstein (Geschäftsführer)

Redaktion: Sophia Matschinsky

Layout: Andrea Schmidt

Fotos: Jeanette Schütze, Katja Schau, Luise Veit, Matthias Beiderbeck, Sophia Matschinsky, Konstantin Leimig, Damaris Deinert

Erscheinungsjahr: 2024

Herzlichen Dank an alle Protokollant\*innen, die wesentlich zum Erstellen dieser Tagungsdokumentation beigetragen haben: Robin Tapkan, Antonia Mohr, Verena Griesinger, Azzam Moustafa, Johannes Blatt, Esther Binne, Damaris Deinert, Matthias Beiderbeck, Felix Hänche, Konstantin Leimig, Luise Veit, Mirjam Walter und Insa Bloem

Das Werk, einschließlich seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Herausgebers und der Autor\*innen unzulässig. Dies gilt insbesondere für die elektronische oder sonstige Vervielfältigung, Übersetzung, Verbreitung und öffentliche Zugänglichmachung.

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

„Krise ist ein produktiver Zustand.  
Man muss ihm nur den Beigeschmack  
der Katastrophe nehmen.“

Max Frisch

Aktuell ist deutlicher denn je zu sehen: Wie in Städten, Gemeinden und Landkreisen mit Spannungen und Konflikten umgegangen wird, ist wichtig für die Bewältigung drängender gesellschaftlicher Aufgaben. Migration, Klimawandel und Energiewende, Strukturwandel, Urbanisierung, Gentrifizierung und Digitalisierung – all diese Herausforderungen sind in Städten, Gemeinden und Landkreisen präsent. Im Umgang mit Bedenken und Widerständen beispielsweise gegen Energiewende oder die Unterbringung von Geflüchteten zeigt sich wie schon in der Umsetzung von Maßnahmen zur Bekämpfung der Covid19-Pandemie: Der zukunftsorientierte Umgang mit Krisen und Wandel hängt insbesondere davon ab, dass lokale Gesellschaften lokale Antworten formulieren und mittragen.

Konflikte sind hierbei allgegenwärtig – und bieten eine Chance für demokratisches Miteinander und Entwicklung, gerade in Zeiten rapiden Wandels. Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft in Kommunen gestalten Wandel. Oft müssen dabei unterschiedliche Vorstellungen und Logiken verhandelt werden. Was hier entwickelt und umgesetzt wird, trifft auf vielfältige, manchmal widersprüchliche Interessen von Bürger\*innen. Werden Konflikte hier konstruktiv angegangen, können tragfähige und nachhaltige Lösungen entstehen. Die Folgen fehlender Aushandlung zeigen sich im kommunalen Raum, wenn zum Beispiel Bürger\*innen sich resigniert von politischen Institutionen abwenden oder antidemokratische Mobilisierung entstandene Lücken ausnutzt. Seit 2016 arbeitet das K3B – Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung mit Städten, Gemeinden und Landkreisen zusammen, um Konflikte vor Ort konstruktiv und langfristig anzugehen.

Die Partnerfachtagung 2023 des K3B fand unter dem Titel „Krisen bewältigen – Konflikte bearbeiten! Kommunale Strategien für bewegte Zeiten“ in Weißenfels statt. Die Stadt kooperiert seit 2020 mit dem K3B. Gemeinsam wurde diskutiert, wie Städte und Gemeinden Konfliktlagen begegnen, Krisen gemeinsam meistern und sie nutzen, um ein zukunftsweisendes Gemeindeleben für alle zu gestalten.

Was braucht es vor Ort für einen guten Umgang mit Migration und für funktionierende Inklusion? Wie begegnen wir lokalen Herausforderungen im Umgang mit Strukturwandel oder Energiewende? Wieviel Sicherheit braucht gesellschaftlicher Zusammenhalt? Wie kann demokratische Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen in einer komplexer werdenden Welt gewährleistet werden? Wie kann langfristig rechtsextremistischer Mobilisierung und Polarisierung entgegengewirkt werden? Diese und weitere Fragen standen im Mittelpunkt der Vorträge, Fachimpulse und Diskussionen. Darüber hinaus gaben Stadtrundgänge vor Ort einen Einblick in Herausforderungen, Engagement und Handlungsansätze in Weißenfels.

Die vorliegende Dokumentation kann die Diskussion nicht ersetzen, soll aber einen Einblick in die Inhalte und Erkenntnisse aus unserer Partnerfachtagung vermitteln. Die Texte geben wesentliche Inhalte der Vorträge, der Stadtrundgänge, der Diskussionsforen und des Austauschs darüber wieder und sollen zum Weiterdenken anregen. An dieser Stelle vielen Dank an alle Tagungsgäste für ihr Kommen und die angeregten Diskussionen. Den Referent\*innen herzlichen Dank für ihre Anregungen und der Stadt Weißenfels für das freundliche Willkommen. Wir wünschen eine interessante Lektüre und freuen uns auf die gemeinsame Weiterarbeit.



## Grußwort

*Martin Papke (Oberbürgermeister der Stadt Weißenfels)*

Martin Papke eröffnete als Oberbürgermeister der Stadt Weißenfels die Partnerfachtagung des K3B im Jahr 2023. Mit besonderer Freude würdigte er die Auswahl seiner Stadt, die seit 2020 durch einen Beratungsprozess mit dem K3B verbunden ist, als Tagungsort und hieß die Tagungsteilnehmenden in Weißenfels herzlich willkommen.

Als Oberbürgermeister erst seit einem Jahr im Amt, habe er Kommunale Konfliktberatung bereits von Anfang an in seiner Rolle als Stadtrat kennen gelernt. Die bisherige Zusammenarbeit mit dem K3B und den großen Einsatz der in Weißenfels tätigen Beraterinnen im Beratungsprozess habe er als überzeugende Unterstützung für Akteure in der Stadt erlebt, wofür er sich herzlich bedankte. Auf diese bewusste und konstruktive Weise mit den aktuellen Herausforderungen umzugehen, sei ein vielversprechender Weg, um das Zusammenleben in seiner Stadt langfristig positiv gestalten zu können. Insbesondere die weitere Entwicklung der Weißenfelser Neustadt, in der diese Tagung ausgerichtet werde, sei eine Herausforderung für die Stadtgesellschaft. Die Auswirkungen der fleischverarbeitenden Industrie, die der Stadtteil erlebt, bedeuten auch Belastungen und Fragen an das Miteinander in der weiteren Stadtgesellschaft. Hier sei die Begleitung hilfreich, um Lösungen gemeinsam zu entwickeln.

Er schätze insbesondere den hierdurch gewonnen Perspektivwechsel. Dass dieser wichtig sei, um die eigene Situation gut reflektieren zu können, sei für ihn jedoch keine neue Erkenntnis. Bereits als Jugendlicher, der als Sohn eines Entwicklungshelfers einige Jahre in den Philippinen verbrachte, habe er andere Lebenswirklichkeiten und Herausforderungen kennenlernen können. Diese Einsichten und eine zugewandte Haltung seien essentiell bei der Gestaltung des Zusammenlebens innerhalb einer Stadtgesellschaft.



Den anwesenden Gästen der Tagung wünschte der Oberbürgermeister in diesem Sinne gute Gespräche, wertvolle Erkenntnisse und einen gewinnbringenden Austausch.

## Grußwort

*Dr. Ulrike Gatzemeier (Leiterin des K3B), im Wortlaut*

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Papke, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleg\*innen

Auch ich möchte Sie ganz herzlich im Namen des K3B – Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung des VFB Salzwedel hier in Weißenfels zu unserer diesjährigen Fachtagung begrüßen.

Vielen Dank Herr Papke, für die einführenden Worte zur Eröffnung unserer Tagung und die Bereitschaft, die Tagung hier in der Stadt mit zu gestalten! Sie haben es schon erwähnt: Seit 2020 kooperieren die Stadt Weißenfels und das K3B in einem Beratungsprozess, bei dem insbesondere die Weißenfelser Neustadt im Zentrum stehen. Ich freue mich sehr, dass wir die Tagung als Gelegenheit nutzen können, die Stadt, ihre Herausforderungen und die zahlreichen Ideen und Initiativen, die hier entstehen, kennenzulernen und von ihr zu lernen. Dass wir heute in Weißenfels sind, ist für uns auch deshalb etwas Besonderes, weil das K3B eine besondere Geschichte mit der Stadt verbindet. Ausgehend von einer Anfrage der Stadt an das Land nahm die Kooperation zwischen dem Land Sachsen-Anhalt, der Freudenberg Stiftung und dem VFB Salzwedel ihren Anfang, die seit nunmehr 3 Jahren eine Ansprechstruktur für Kommunen und ihre Unterstützungsbedarfe in der Bearbeitung kommunaler Konflikte bereithält. An dieser Stelle begrüße ich ganz herzlich Marcus Wolff, Referent für Demokratieentwicklung im Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung Sachsen-Anhalt, der unsere Arbeit seit Jahren eng begleitet. Besonders begrüßen möchte ich auch Agnes Heuvelmann, Referatsleiterin im Ministerium für Kinder, Familien, Flüchtlinge und Integration in NRW. In diesem Jahr hat die Kooperation mit dem Land NRW mit Blick auf das Themenfeld Integration begonnen und ich freue mich, dass Sie den weiten Weg aus Düsseldorf auf sich genommen haben!



Das K3B – Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung begleitet und berät seit 2017 Entscheidungsträger\*innen in Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft in Städten und Gemeinden bei der Bearbeitung von Spannungen und Konflikten, die das gesellschaftliche Zusammenleben beeinträchtigen. Unsere jährliche Partnerfachtagung ist für uns Gelegenheit, Erfahrungen aus den unterschiedlichen Projekten, aus kommunalen Prozessen, Kooperationen und Wissenschaft, zusammen zu tragen und zu diskutieren. Es geht darum, voneinander zu lernen, Erfahrungen aus den Prozessen gemeinsam zu reflektieren und neue Handlungsimpulse mitzunehmen. Hervorheben möchte ich aber zwei, die in diesem Jahr neu begonnen haben: Das Projekt „Kurzzeitige Intervention in akuten Konfliktsituationen“, in dem Kommunen bei kurzfristigen Bedarfen unterstützt werden; und das Projekt „Strategien für Kommunen im Wandel“. Hier werden in Kooperation mit den Ländern Sachsen-Anhalt, Sachsen, Brandenburg, NRW und Thüringen insgesamt zehn Städte, Gemeinden und Landkreise dabei unterstützt werden, Konflikte vor Ort anzugehen.

Die Tagung deckt also nicht nur mit Blick auf Projekte, sondern in gewissem Sinne auch räumlich „einiges ab“. In diesem Sinne freue ich mich, dass sich so viele von Ihnen – aus den verschiedenen Städten und Gemeinden, die in der Vergangenheit oder aktuell mit uns zusammengearbeitet haben, aus Forschungseinrichtungen und Fachorganisationen auf den – z.T. doch recht weiten Weg gemacht haben! Herzlich willkommen!

Unsere Partnerfachtagung steht unter dem Titel „Krisen bewältigen – Konflikte bearbeiten. Kommunale Strategien für bewegte Zeiten“. Sie greift in diesem Jahr also ein geradezu omnipräsentes Thema auf:

Wir leben in krisenhaften Zeiten: Mit und nach der Corona-Krise erleben wir eine Krise der Demokratie und des Parteiensystems und, vielleicht damit verbunden, eine Krise des Vertrauens in den Staat. Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine stellt einen krisenhaften Umbruch dar, die schockierenden Terroranschläge der Hamas in Israel ziehen weitere Gewalt nach sich und drohen zu einem Flächenbrand zu werden. Migrationsbewegungen weltweit – und auch nach Deutschland – bringen Herausforderungen mit sich, die als krisenhaft erlebt werde – einige reden in diesem Zusammenhang eher von einer Verwaltungs- oder Infrastrukturkrise. Die Energiekrise verlangt nach Antworten. Nicht zuletzt gab es da ja auch noch die Klimakrise...

Die Liste ließe sich vermutlich fortsetzen. Gleichzeitig lässt sich beobachten wie rechtsextreme Kräfte an Boden und Überzeugungskraft gewinnen, auch, weil sie einfach Lösungen auf komplexe Probleme vorgaukeln - auch das ist eine ganz eigene Krise.

Dass alle diese „Krisen“ Kommunen in besonderer Weise betreffen, ist in den letzten Monaten zunehmend deutlich geworden. Ob in der Energiewende, bei der Bewältigung von Migration und Flucht, oder dort, wo internationale Konflikte sich auch vor Ort auswirken: Im Lokalen – das heißt konkreter: In Städten und Gemeinden werden nicht nur Auswirkungen von Krisen für jede und jeden Einzelnen erlebbar: Es ist im Lokalen, vor Ort, wo konkrete Antworten gefunden werden.

„Es ist im Lokalen,  
vor Ort, wo konkrete Antworten  
gefunden werden.“



Aber was sind eigentlich Krisen? Und was hat das mit Konfliktbearbeitung zu tun, wie im Tagungstitel suggeriert wird?

Der Münchner Soziologe Armin Nassehi nennt einige Merkmale an denen unsere „gesellschaftliche Dauerkrise“ festgemacht werden kann. Dazu gehören, beispielsweise:

- Gefühlter Selbstwirksamkeitsverlust – also der Eindruck bei einigen oder vielen, selbst nichts ausrichten zu können. Das betrifft nicht nur einzelne, Bürger\*innen usw., sondern zunehmend auch Entscheider\*innen. Auch aus Kommunen kommt immer wieder Kritik daran, nicht gehört zu werden, Entscheidungen nicht beeinflussen zu können und auch, globalen Entwicklungen ausgeliefert zu sein.
- Dass Entscheidungen unter Unsicherheitsbedingungen gefällt werden. Wir befinden uns in Zeiten umfassender Veränderungen. Das heißt auch, dass bisherige Handlungsmuster und etablierte Routinen nicht mehr immer greifen. Anpassungen müssen vorgenommen werden - wie diese im Detail aussehen müssen und ob sie dann „sicher“ den gewünschten Effekt und die „Lösung“ bringen, lässt sich nicht immer voraussagen. Es gibt also einen hohen Handlungsdruck bei nicht immer klaren Handlungsoptionen.
- Und nicht zuletzt ist „Krise“ durch sogenannte „Zielkonflikte“ bestimmt: Nassehi beobachtet, dass im Falle einer Krise oft sehr unterschiedliche Verständnisse von dem konkurrieren, was eigentlich „das Problem ist“ – und entsprechend auch unterschiedliche Vorstellungen davon, wie Lösungen aussehen müssen. Ein Beispiel ist hier die Corona-Krise: Handelt es sich um eine medizinische, ökonomische oder rechtliche Krise? D.h. reden wir (zuerst) über drohende gesundheitliche Schäden? Den wirtschaftlichen Schaden? Oder den Schaden durch Eingriffe in Grundrechte? Was soll im Zentrum stehen? Worauf soll (vorrangig) geantwortet werden? Das „krisenhafte“ daran ist in gewissem Sinne, dass diese Verständnisse jeweils in sich logisch und legitim sind. Alle haben also irgendwie recht und gleichzeitig lassen sich die Perspektiven nicht ohne weiteres in ein Gesamtbild integrieren. Es entsteht ein Bild diffuser und widersprüchlicher Lösungsansätze und Konkurrenzen.

Nassehi bleibt angesichts gefühlter Ohnmacht, Handlungsunsicherheit und widersprüchlichen Lösungsmöglichkeiten – und das überrascht jetzt vielleicht – optimistisch. Er hält fest, dass wir als Gesellschaften des 21. Jahrhunderts einen großen Vorteil haben: Wir besitzen nämlich im Grunde genommen alles Wissen und alle Ressourcen, die es braucht, um gute Lösungen für die aktuellen Krisen zu finden. Das Problem ist: es ist verteilt. Um beim Beispiel zu bleiben: Sowohl der Ökonom als auch die Medizinerin „haben Recht“, d.h. sie verstehen ein Teil des Problems und kennen Lösungswege. Nur stehen Sie dazu nicht im Austausch oder sprechen keine gemeinsame Sprache, treten eher gegeneinander als miteinander an. Vereinfacht gesagt: Es setzt sich durch, wer in der besseren Position ist, wodurch aber Teile der Krise nicht adressiert werden.

Nassehi plädiert für den Umgang mit den umfassenden Krisen bzw. der aktuellen „Krisenhaftigkeit“ unserer Gesellschaft für etwas, was uns als Konfliktberater\*innen sehr bekannt vorkommt: Was es seiner Ansicht nach braucht, sind konstruktive und produktive „Orte der Austragung von Perspektivendifferenz, an denen die Restriktionen der anderen gesehen werden und damit umfassendere Lösungstools entwickelt werden“.

Ihm geht es dabei um eine Verständigung und Verständnis zwischen Funktionen oder Disziplinen, also eben beispielsweise Ökonomie, Recht, Gesundheitswesen. Für mich ist sein Plädoyer aber auch auf kommunale Gesellschaften übertragbar, die durch unterschiedlichste Menschen und Institutionen gestaltet werden. Hier arbeiten verschiedene Ressorts und Ebenen der Kommunalverwaltung im Rahmen ihrer jeweiligen Aufgabengebiete. Auch Polizei hat eine eigene Sichtweise auf kommunale Konfliktsituationen, und auch zivilgesellschaftlich Engagierte bringen ihre eigene Logik ein. Die Perspektiven erscheinen oft unversöhnlich. Folgt man Nassehi, ist es aber eher so, dass sie jeweils wichtig und notwendig sind, ja verschiedenen Teile des Problems sehen – und damit auch jeweils Teil der Lösung sein können. Mehr noch: sie bringen auch jeweils spezifische



Ressourcen, Kenntnisse und Fähigkeiten ein, um die Situation zu adressieren. Ich würde an der Stelle noch weiter gehen, denn im Kern steht die Frage, wessen Perspektive auf jeweilige Krisen gehört und gesehen werden. Wo sind beispielsweise migrantische Perspektiven nicht nur Thema, sondern Teil des Prozesses? Wie werden marginalisierte Gruppen gehört? Wie und durch wen werden verbindliche Entscheidungen getroffen...

In der Kommunalen Konfliktberatung stellen wir immer wieder fest, dass einer der Schlüssel für Antworten auf Herausforderungen und Krisen, die vor Ort erlebt werden, bei den Akteuren vor Ort liegt und dass der Moment, in denen gegenseitige Perspektiven wahr- und ernstgenommen werden und ein komplexes, aber geteiltes Problembewusstsein jenseits von einfachen Schuldzuschreibungen entsteht, Wendepunkte sind. Und damit wird vielleicht auch der enge Zusammenhang deutlich, den wir im Tagungstitel benennen: Krisen zu bewältigen heißt auch, Konflikte zu bearbeiten.

Auch die Fachtagung möchte hierzu beitragen. Sicher haben Sie schon einen Blick in das Programm geworfen: Wir werden im Laufe der Tagung sehr viele verschiedene Konfliktthemen und Krisen thematisieren, die in Städten und Gemeinden aktuell angegangen werden. Ich freue mich, dass zahlreiche Vertreter\*innen aus Städten und Gemeinden ihre Erfahrungen zur Verfügung stellen, über Fachimpulse überregionaler zivilgesellschaftlicher Organisationen und die Erkenntnisse und Ergebnisse, die Wissenschaftler\*innen in die Diskussion einbringen.

An dieser Stelle also bereits ganz herzlichen Dank Ihnen allen dafür, dass Sie dazu beitragen, dass auch diese Tagung, mit den Worten Armin Nassehis gesprochen, ein „Ort der Austragung der Perspektivendifferenz“ sein kann.

Dieser gilt insbesondere schon jetzt allen Mitwirkenden der kommenden zwei Tage, den „Stadtführer\*innen“ und Expert\*innen der Rundgänge heute Nachmittag ebenso wie den Inputgebenden der Diskussionsforen und den Moderator\*innen morgen. Die Fachtagung lebt von ihnen!

Und natürlich ein ganz herzliches Danke dem Team des Kompetenzzentrum dafür, diese Tagung auf die Beine gestellt zu haben!

Ich wünsche uns allen zwei spannende und inspirierende Tage! - Und übergebe hiermit an unsere Moderator\*innen. Anne Dirnstorfer und Gregor Maaß sind selbst als Konfliktberater\*innen für uns tätig und werden uns durch die nächsten beiden Tage begleiten.



# Vom Gemeinschaftswerk zur sozialen Polarisierung – und zurück?

## Kommunale Konfliktberatung aus Energie- und Klimapolitischer Sicht

*Dr. Fritz Reusswig (Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung)*

Fritz Reusswig sieht in der Klimapolitik ein übergreifendes Gemeinwohlthema, das aber aus verschiedenen Gründen immer stärker als ein ideologisch-politisches Thema wahrgenommen werde, wobei Polarisierungen zunehmen.

In seinem Vortrag ging Dr. Fritz Reusswig zunächst auf neuere Entwicklungen des deutschen Klimadiskurses ein, bei dem sich eine zunehmende gesellschaftliche Polarisierung verzeichnen lässt. Mögliche Gründe dafür sieht er im Erscheinungsbild der aktuellen Bundesregierung; in Gesetzesinitiativen, die die Gesellschaft als belastend empfindet; aber auch im politischen Design der Energiewende. Gleichzeitig lasse sich eine Themenüberlagerung durch beispielsweise den Ukraine-Krieg feststellen. Teile der Klimabewegung würden sich zudem radikalieren, während sich andere Menschen durch eine Themenerschöpfung und die Vielzahl an Krisen schlichtweg nach Normalität und Ruhe sehnten. Auf kommunaler Ebene sähen sich insbesondere kleine Kommunen bei Klimaschutz und Klimaanpassung häufig überfordert. Zudem lasse sich ein Energiewende-Populismus beobachten, der sich auf lokale Konflikte auswirke und zu einer Radikalisierung der Konfliktformen führe.

Klima- und energiepolitische Themen seien auch jenseits ideologisch-politischer Zuspitzungen konflikthaft, insbesondere weil die diesbezüglich getroffenen Maßnahmen unter Umständen unterschiedliche Folgen für verschiedene soziale Gruppen haben. Er sieht die Aufgabe also insbesondere darin, auf eine zwar konsequente, aber sozial gerechte Klimapolitik zu achten. Dies sei in vielen Hinsichten ein Thema für die Landes-, Bundes- und die EU-Ebene, aber auch eines, das für die kommunale Ebene von Bedeutung sei.

Nicht jeder lokale Energiekonflikt sei dabei als populistisch einzustufen. Dies sei lediglich dann der Fall, wenn das Narrativ des „betrogenen Volkes“ bzw. der „korrupten Eliten“ mit dem der „bösen Minderheiten“ kombiniert werde. Das populistische Narrativ könne aufgrund der Resonanzräume wie der AfD und den sozialen Medien weit über den tatsächlichen sozialen Kern hinaus Wirkungen erzielen. Die populistische Erzählung, dass Klimapolitik und Energiewende ein Elitenprojekt und vom Volk mehrheitlich nicht gewollt seien, beschreibt Reusswig als falsch. Aktuell gebe es deutliche Mehrheiten für eine progressive Klimapolitik, wobei selbst die Mehrheit der AfD-Wähler\*innen nicht die klimaregressive Position der Partei vertrete. Ein abstrakter, konfrontativer und belehrender Diskurs über diese Themen sei sachlich unangemessen sowie kontraproduktiv. Lediglich ein „harter Kern“ populistischer Akteure sei „unbelehrbar“. Um die anderen könne und müsse man kämpfen.

„Wer lokal nicht abstrakt, sondern konkret denken will, ist gut beraten, auch aktiv auf (potenzielle, aktuelle) Gegner-Gruppen zuzugehen

Wichtig sei es, zwischen Klimaschutz und Klimaanpassung zu unterscheiden. Denn auch wer nicht an den anthropogenen Klimawandel glaube, glaube durchaus an den Klimawandel, der die Menschheit und die eigene Heimat sozial, ökologisch und wirtschaftlich gefährde, woran niemand ein Interesse haben könne. Es gelte aber auch, dass Klimaanpassung ohne Klimaschutz sehr teuer werde und im Falle eines sehr ausgeprägten Klimawandels letztlich sogar unmöglich durchzuführen.

Der Ressourcenbedarf für wirksame Klimapolitik könne Kommunen überfordern. Neben Geldern vom Bund brauche es auch die Mobilisierung von privatem Kapital, was auf kommunaler Ebene Bürgerfonds der Stadtwerke oder Bürgerstiftungen sein können. Besonders im ländlichen Raum sei es zudem schwierig, Kommunale Klimaschutz- oder Anpassungsmanager\*innen zu finden, weshalb Ausschreibungsprofile überdacht werden müssten. Insgesamt plädiert Reusswig für eine Stärkung der kommunalen Ebene in der Energiewende. Kommunen seien zwar nicht für alle Umsetzungspakete zuständig, hätten aber eine gewisse Gestaltungsmacht und seien vor allem kommunikativ für die Menschen wichtig. Reusswig stellt zudem die Bedeutung von Emotionen heraus. Auch solche, die auf nicht realen Argumenten beruhen, fühlten sich echt an. Öffentliche Verwaltung tue sich häufig schwer mit Emotionen, da sie sachorientiert arbeiten solle, was aber angesichts hitziger Debatten so nicht umsetzbar sei. Kommunen brauchen seiner Ansicht nach daher Räume und Formate für Emotionsarbeit. „Wer lokal nicht abstrakt, sondern konkret denken will, ist gut beraten, auch aktiv auf potenzielle, aktuelle) Gegner-Gruppen zuzugehen“, so Fritz Reusswig. Dafür sei eine offene und zuhörende Haltung hilfreich, wohingegen öffentlich-konfrontative Settings gemieden werden sollten. Hierbei könnte Kommunale Konfliktberatung unterstützend wirken.



Dr. Fritz Reusswig sprach zur Kommunalen Konfliktberatung aus Energie- und klimapolitischer Sicht

## Diskussion des Eröffnungsvortrags

*Dr. Fritz Reusswig (Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung), Birgit Reinke (Stadtverwaltung Rottenburg), Azzam Moustafa (Konfliktberater am K3B)*

Im Fishbowl-Format wurden eine Reihe von in der Keynote bereits aufgeworfenen Themen und Fragestellungen durch alle Teilnehmenden der Partnerfachtagung gemeinsam weitergedacht und diskutiert. Dazu nahmen Fritz Reusswig, sowie Birgit Reinke von der Stadtverwaltung Rottenburg und Konfliktberater Azzam Moustafa in der Mitte eines Stuhlkreises Platz. Interessierte Teilnehmende brachten die Diskussion mit Fragen und eigenen Überlegungen voran.

Aus Rottenburg berichtete Birgit Reinke von Polarisierung rund um die Entscheidung der Ortschaftsräte über die Errichtung eines Windparks. Hier sei die Kommune bei der Steuerung und Vermittlung des Dialogs mit Bürger\*innen an ihre Grenzen gestoßen. Es kam zu Konfrontationen zwischen Befürworter\*innen und Gegner\*innen. Einige kommunale Akteure hätten sogar so sehr unter der Austragung des Konfliktes durch teils persönliche Androhungen gelitten, dass sie sich zukünftig nicht mehr für Mandate aufstellen lassen werden.



Fritz Reusswig bestätigte, dass Polarisierung oft bedeute, die andere Seite als „Feind“ zu sehen und plädierte an dieser Stelle für eine Analyse des Meinungsbildungsprozesses, um zu verstehen, wie die jeweils andere Meinung zustande gekommen ist. Aus Beraterperspektive heiße das, so Azzam Moustafa, sich Zeit zu nehmen, Vertrauen mit den Konfliktparteien aufzubauen. Dabei sei es auch wichtig, auf Sprache zu achten und die Bedeutung verwendeter Begriffe nicht als selbstverständlich zu nehmen, sondern zu hinterfragen. Das sei nicht nur bei aufgeladenen Wörtern wie „Clan“ der Fall, sondern auch bei dem Begriff „Bürgerbeteiligung“. Hier müsse genau geschaut werden, was unter Beteiligung verstanden wird und wie diese gestaltet wird, so die Erfahrung aus der Praxis. Gerade bei emotionalisierten Themen müssten deshalb Ängste von Bürger\*innen wahrgenommen werden und inhaltliche Alternativen zu demokratiefeindlichen Akteuren geschaffen werden, ohne jedoch falsche Erwartungen an den Beteiligungsprozess zu wecken.



## Impulse aus Weißenfels: Rundgänge zu Orten und Initiativen

Das K3B unterstützt die Stadt Weißenfels seit rund zwei Jahren durch Kommunale Konfliktberatung. Im Zentrum der Beratung steht die Weißenfelser Neustadt, ein Stadtviertel, das durch eine herausfordernde Sozialstruktur geprägt ist. Die Geschichte dieser Entwicklung reicht bis in die Zeit vor der Wende. Schon damals gab es hier eine verfallene Baustruktur und somit niedrige Mieten. Mit dem Wegfall der Schuhindustrie nach der Wende, die über 5000 Menschen beschäftigte, stieg die Arbeitslosigkeit rasant an. Die betroffenen Menschen fanden in der Neustadt bezahlbaren Wohnraum. Dies hat zur Folge, dass überdurchschnittlich viele Menschen im Sozialbezug im Stadtteil leben. Mit der EU-Osterweiterung und der Ansiedlung des Schlachthofes in der Neustadt zogen in den 2000er Jahren Menschen aus dem EU-Ausland nach Weißenfels, um dort zu arbeiten. Die Arbeitsmigration ist dabei von einer hohen Fluktuation geprägt. Auch viele Geflüchtete, die in den letzten Jahren in Weißenfels angekommen sind, leben heute in der Neustadt. Die Neustadt ist mit aktuell etwa 7700 Menschen der größte Stadtteil in Weißenfels. Rund 37% der Bewohner\*innen haben dabei einen Migrationshintergrund.

Daraus resultieren unterschiedliche Konfliktfelder, die in den Rundgängen angeschnitten wurden. In der Wahrnehmung vieler Weißenfelser\*innen und besonders der Alteingesessenen ist die Neustadt der „vergessene“ Stadtteil. Es besteht der Wunsch seitens der Bevölkerung sowie der Verwaltung, den Stadtteil aufzuwerten und (wieder) lebenswert zu machen.



In insgesamt sechs Stadtrundgängen setzten sich die Teilnehmenden vor Ort mit für die Stadt Weißenfels relevanten Themen auseinander.

## Rundgang 1: Kunst inspiriert - Kunst verbindet.

### Ein Rundgang durch den Kunstverein BRAND-SANIERUNG

**Referentin:** Elke Simon-Kuch (MdL Sachsen-Anhalt, Engagierte und Gründungsmitglied der BRAND-SANIERUNG)

Der Rundgang mit Elke Simon-Kuch führte die Teilnehmenden des Rundgangs ein kurzes Stück die Merseburger Straße mit ihren Gründerzeit- und Jugendstilgebäuden entlang, bis sie in die Novalisstraße einbogen und vor dem denkmalgeschützten Haus mit der Nummer 13 stehenblieben. Das inzwischen aufwendig renovierte Haus bildet das Kernstück des Vereins „Brand-Sanierung“. Der Weg führte die Teilnehmenden zunächst durch eine besondere Ausstellung: Unter dem Titel des Hölderlin-Zitats „Komm ins Offene, Freund“ markiert sie das 20-jährige Bestehen des Vereins.

Ursprünglich als Kunstkreis vor über zwei Jahrzehnten ins Leben gerufen, habe sich der Verein unter der Leitung der Künstlerin Christina Simon zu einer bedeutenden Kulturinstitution in der Region entwickelt. Von einem geschlossenen Kunstkreis habe er sich zu einem offenen Forum gewandelt, das die breite Öffentlichkeit durch Veranstaltungen, darunter Kunstausstellungen, Konzerte und Lesungen, erreicht. Die Räumlichkeiten der Novalisstraße 13 seien nicht nur ein Veranstaltungsort, sondern das Herzstück für das ganzheitliche Vereinskonzzept. Renoviert und vielseitig nutzbar, ermöglichen sie Ausstellungen, Konzerte, Lesungen, Vorträge; ein Atelier und Wohnungen, auch für auswärtige Künstler\*innen in residence. Verfolgt werde dabei ein ganzheitlicher Ansatz in Ästhetik, Bildung und Sozialem. Die Vermittlung und Pflege von Druckgrafik, gestützt durch die Druckwerkstatt von Christina Simon, sowie die enge Zusammenarbeit mit Schulen unterstreichen den Bildungsauftrag und die soziale Verantwortung.

Im Gespräch mit Elke Simon-Kuch erfuhren die Teilnehmenden mehr über die Geschichte des Hauses, einer ehemaligen Fabrikvilla der Schuhfabrik Straumer, dem Verlust der Schuhindustrie in Weißenfels und den einschneidenden Auswirkungen der Wende auf individuelle Biografien in der Stadt. Sie diskutierten den rapiden Wandel des Stadtteils, sein oftmals als schwierig wahrgenommenes Image und welche Rolle die Auseinandersetzung mit Kunst in diesem Kontext habe. Im Gespräch setzten sich die Teilnehmenden des Rundgangs damit auseinander, inwiefern die Ganzheitlichkeit des Vereinskonzpts Potential birgt, wenn es darum geht, das Zusammenleben in und außerhalb des Stadtteils zu gestalten. So strebt der Verein an, Kunstausstellungen auf musealem Niveau mit überregionalem Anziehungs- und Wirkungskreis zu organisieren und eng mit Schulen – insbesondere in der Neustadt – zusammenzuarbeiten zur Förderung aufstrebender Künstler\*innen und ästhetischer Erziehung. Wichtig hierbei sei ein lebendiges Netzwerk und Engagement unterschiedlicher Akteure in der Stadt und Region zum Erhalt und der Gestaltung des Vereins.



Beim Rundgang durch den Kunstverein BRAND-SANIERUNG erhielten die Teilnehmenden spannende Einblicke in die Arbeit des Vereins

## Rundgang 2: Wandel und Herausforderungen in der Weißenfelser Neustadt

### Ein Beratungszentrum stellt sich vor

**Referent:** Mario Kabisch-Böhme (Leiter des Kinder- Jugend- und Familienzentrums „Die Brücke“; Stadtrat)

Mario Kabisch-Böhme beschrieb im Stadtrundgang seinen Alltag und die Herausforderungen seiner Arbeit im Kinder- Jugend- und Familienzentrums „Die Brücke“ im Weißenfelser Stadtteil Neustadt.

Die Sozialarbeit sei durch die strukturellen Herausforderungen in der Weißenfelser Neustadt geprägt. Neben der großen Anzahl an Menschen, die aufgrund der schlechten Arbeitsverhältnisse im Schlachthof von Armut bedroht seien, sei der niedrige Anteil an Gymnasialübertritten in der ortsansässigen Grundschule als Zeichen von Bildungsarmut zu sehen. Zudem seien die kulturellen Herausforderungen in der täglichen Zusammenarbeit in der offenen Jugendarbeit stark erkennbar. Waren es vor ein paar Jahren noch hauptsächlich Kinder ohne Migrationsgeschichte, die am Nachmittag in der Einrichtung betreut wurden, so seien es nun hauptsächlich Kinder mit Migrationsgeschichte. Die Verständigung zwischen den unterschiedlichen Kulturen sei auch zwischen den Kindern und Jugendlichen sehr herausfordernd. Seit einigen Jahren habe die Kriminalität im Viertel zugenommen, was vor allem in Form von Vandalismus zu spüren sei. Unter diesen Voraussetzungen sei der Brückenfunktion der Einrichtung leider nicht mehr gerecht zu werden, was sowohl bei Mitarbeitenden als auch bei der Zielgruppe Frustration auslöse.

Die Teilnehmenden des Stadtrundgangs wollten wissen, welche Voraussetzungen gegeben sein müssten, damit sich die Situation im Viertel und damit der Arbeitsalltag der Sozialarbeit wieder verbessern könnte. Mario Kabisch-Böhme wünscht sich ein funktionierendes Stadtteilmanagement, beginnend mit einer ausgiebigen Bedarfsanalyse vor Ort. Die bereits bestehende AG Neustadt sollte wieder aktiviert werden und die darin engagierten Menschen, sollten so mit Ressourcen ausgestattet werden, dass kreative Ideen selbständig umgesetzt werden können. Es gäbe genug Engagement, aber nur wenig Freiräume dafür. Zudem plädieren seine Mitarbeiterin und er für eine Stärkung der Straßensozialarbeit, im Idealfall mit einem interkulturellen Team.

Kommunale Konfliktberatung könne hier vor allem bei der unvoreingenommenen Konflikt- und Bedarfsanalyse für den Stadtteil unterstützen und Räume schaffen, um bestehende Konflikte konstruktiv auszutragen.



Im Kinder-, Jugend- und Familienzentrum „Die Brücke“ berichtete Mario Kabisch-Böhme von den besonderen Herausforderungen seiner Arbeit in der Weißenfelser Neustadt



## Rundgang 3: Zwischen Schlachthof und Dorfidylle

**Referent:** Hubert Schmoranzer (Ortsbürgermeister Burgwerben, Mitglied des Stadtrates)

Hubert Schmoranzer führte die Teilnehmenden durch „seinen“ Ortsteil Burgwerben und erläuterte die historische Entwicklung und bestehende Konfliktlagen im Kontext der Stadt Weißenfels aus seiner Sicht.

Dieser Ortsteil von Weißenfels liegt oberhalb der Innenstadt und in Sichtweite des großen Schlachthofs der Stadt, der laut Ortsbürgermeister bei vielen Anwohner\*innen für Unmut Sorge. Denn bei den vorherrschenden Windverhältnissen sei der unangenehme Geruch der Schlachtereier in diesem Ortsteil deutlich wahrnehmbar. Zudem sei das Unternehmen auf Grund der ständig fluktuierenden Zahl von Arbeitskräften mit kurzfristigen Arbeitsverträgen, vor allem aus Polen, Rumänien und Bulgarien, aus seiner Sicht für den Niedergang des Quartiers Neustadt mitverantwortlich. Er beklagte das „große Schweigen“, fehlenden politischen Gestaltungswillen und eine (insbesondere finanzielle) Intransparenz im Stadtrat in Bezug auf den Umgang mit dem Unternehmen.

Die Zeit nach dem Mauerfall beschrieb Hubert Schmoranzer als einen Glücksfall für die Gemeinde Burgwerben, da sich vielfältige Möglichkeiten geboten und Mittel zur Verfügung gestanden hätten, um den Ortsteil zu sanieren sowie neu zu strukturieren und zu gestalten. Heute verzeichne der Ortsteil mit seiner idyllischen Lage und einem intakten Gemeinwesen als einziger in Weißenfels weiter Zuzug. Konflikte zwischen alteingesessenen Bewohner\*innen und neu Hinzugezogenen gäbe es nicht. Problematisch seien jedoch die angrenzenden Siedlungen, die hauptsächlich von Mitarbeitenden des Schlachthofes bewohnt würden, wo Müll und Verwahrlosung häufig Anlass für Konflikte gebe.

Seit der Eingemeindung der Ortschaft in die Stadt Weißenfels im Jahre 2010 seien die Entwicklungsmöglichkeiten des Ortsteils von den stadtplanerischen Vorhaben der Stadt Weißenfels abhängig. Trotz dieser Erfahrung sei es wichtig, sich als Mitglied im Stadtrat aktiv zu engagieren.

In Zeiten knapper kommunaler Haushalte bei gleichzeitig fehlendem Gestaltungswillen der Verwaltung leide vor allem der ländliche Bereich. Am Beispiel der Restaurierung eines Ritterguts in Burgwerben stellte er jedoch dar, dass bürgerliches Engagement trotz knapper Kassen und wenig Unterstützung durch die Stadt etwas bewirken könne. So habe er gemeinsam mit engagierten Bürger\*innen eine Genossenschaft gegründet, die sich der Restaurierung eines geschichtsträchtigen Ritterguts im Ortsteil widme.



Der Stadtteil Burgwerben liegt in Sichtweite des großen Schlachthofes der Stadt



## Rundgang 4: Das Neustadtbüro als zentrale Anlaufstelle im internationalen Quartier

**Referentin:** Iwona Kischel (Leiterin Neustadtbüro)

Als Ergebnis von Bürger\*innendialogen, in denen ein erhöhter Beratungsbedarf insbesondere von Zugewanderten im Stadtteil, aber auch anderen marginalisierten Gruppen zurückgemeldet wurde, initiierte die Stadt 2018 ein Stadtteilbüro. Das Büro soll als zentrale Anlaufstelle für alle Bewohner\*innen im Quartier und als direktes Bindeglied zwischen Bürger\*innen und Rathaus fungieren. Deshalb wurde es direkt an das Amt für Gleichstellung und Integration angegliedert und wird von Mitarbeiter\*innen der Verwaltung geführt. Der Fokus der Arbeit im Neustadtbüro liegt auf der Beratung von Menschen mit Migrationshintergrund. Iwona Kischel berichtete, dass das Angebot besonders von den Zugewanderten aus dem EU-Ausland genutzt werde. Es werde beim Verstehen und Ausfüllen von Dokumenten geholfen, zu Sprachkursen und Qualifizierungsmöglichkeiten beraten, KiTa- und Schulanmeldungen unterstützt, bei Obdachlosigkeit Hilfe geleistet, Deutsch-Förderunterricht angeboten und Vieles mehr. „Das erste, was wir zu den Menschen, die hier ankommen, oft sagen, ist: Keine Angst, wir schaffen das!“, so Iwona Kischel. Es gehe vor allem um Vertrauen und Mut machen.

Auch Begegnungsangebote wie ein Bastelkurs, aber auch das Neustadtfest oder ein Adventsmarkt werden vom Büro organisiert. In Nachbarschaftskonflikten gehe es auch darum, vermittelnd zur Seite zu stehen. Aufgrund der Vielzahl an Angeboten und der großen Nachfrage seien die drei Mitarbeiter\*innen aus der Verwaltung auch auf Unterstützung durch Ehrenamtsstrukturen angewiesen. Um diese zu sichern und zu verstetigen, habe die Stadt nun auch eine Ehrenamtskoordination ausgeschrieben. Perspektivisch solle der Fokus nicht nur auf der Arbeit mit Zugewanderten liegen, sondern um weitere Zielgruppen wie Senior\*innen, Menschen mit Behinderung, Jugendliche, Wohnungslose und Einsame im Stadtteil erweitert werden. Das Büro habe auch eine vernetzende Funktion. So werde versucht, diejenigen zusammenzuführen, die sich für ein Miteinander in der Neustadt und nachhaltige Strukturen einsetzen. So sei das Beratungsnetzwerk BENI entstanden, an dem sich mittlerweile 28 Beratungs- und Unterstützungsangebote aus dem Burgenlandkreis beteiligen. Ziel sei die sinnvolle Vernetzung und Zusammenarbeit der Angebote. „Beim nächsten Mal müssen wir in den Ratssaal gehen, weil nicht mehr alle hier in den Raum passen“, so Frau Kischel. „Gemeinsam Großes schaffen“ sei dabei das Motto des Neustadtbüros.



„Das erste, was wir zu den Menschen, die hier ankommen, oft sagen, ist: Keine Angst, wir schaffen das!“

„Gemeinsam Großes schaffen“ ist das Motto des Neustadtbüros

## Rundgang 5: Die Weißenfeler Neustadt aus Sicht junger Menschen - Über Jugendbeteiligung und Perspektiven

**Referent:** Eric Stehr (Stadtrat)

Den Rundgang gestaltete Eric Stehr, der seit vier Jahren und mit 22 Jahren jüngstes Mitglied im Weißenfeler Stadtrat ist. Als Studierender für Stadtplanung habe er einen ganz eigenen Blick auf den Stadtteil. Besonders wichtig sei für ihn, sich für die Interessen junger Menschen einzusetzen, etwa wenn es darum geht, Genehmigungen für Graffitiflächen zu organisieren und zwischen Stadträten, Jugendlichen und der Deutschen Bahn zu vermitteln.

Im Gespräch setzten sich die Teilnehmenden mit dem Dilemma auseinander, dass gut ausgebildete junge Menschen die Stadt verlassen, wodurch sich langfristige Jugendbeteiligungsstrukturen in der Stadt- aber auch auf Landkreisebene bisher nicht etablieren ließen. Auch gebe es trotz des hohen Migrationsanteils keine mehrsprachigen Angebote für Jugendliche.

Stehr thematisierte auch Müll- und Lärmkonflikte im Kontext von Raumnutzungskonflikten im öffentlichen Raum. Ordnungspolitische Maßnahmen, wie das Entfernen von Bänken im öffentlichen Raum, führten zu Verdrängung und Verschiebung von Konflikten.

Zudem setzt sich Stehr für den Erhalt der alten Synagoge in einem Hinterhof in der Neustadt ein.

Im Sommer 2023 organisierte er den 1. Christopher Street Day mit 800 Teilnehmenden in Weißenfels. Es sei bedauerlich, dass die Störung des CSD durch Rechtsextremist\*innen in der bundesweiten Berichterstattung im Mittelpunkt standen und nicht die Anliegen der CSD-Teilnehmenden.

Viel diskutiert wurde in dem Rundgang unter den Teilnehmenden der Abriss einer Autobrücke, welche die Altmit der Neustadt verbindet. Am Beispiel des Bauprojektes wurde zudem die Auswirkung von Landeszuständigkeiten auf kommunale Praxen sichtbar. Von Seiten der teilnehmenden Konfliktberater\*innen wurde die symbolische sowie praktische Trennung der vom Stadtbild und der Bevölkerungsstruktur sehr unterschiedlichen Stadtteile diskutiert. Stadtrat Stehr kann der anstehenden Herausforderung auch eine Chance abgewinnen. So hoffe er auf eine Stärkung des Radverkehrs in Weißenfels. Zudem soll in der Phase der Bauarbeiten ein Quartier in der Neustadt in Bahnhofsnähe aufgewertet werden.

Die Teilnehmenden des Rundgangs diskutierten über Jugendbeteiligung und Perspektiven junger Menschen in Weißenfels



## Rundgang 6: Die Neustadt – Ein Problemviertel?

**Referent:** Maik Trauer (Leiter des Fachbereichs Bürgerdienste)



Maik Trauer nahm die Teilnehmenden mit auf einen Rundgang durch die Neustadt aus Sicht des Ordnungsamtes und zeigte anschließend auf, wie die Stadt mit den Herausforderungen im Stadtteil umgeht.

Zunächst erläuterte Maik Trauer die Geschichte der Neustadt anhand bedeutsamer Orte wie der ehemaligen Schuhfabrik, des Schlachthofs, des Neustadtparks und des Märchenbrunnens. Imposante Gebäude und Straßenzüge, die auch als Filmkulissen dienen, stehen leer. Niedrige Mieten verhinderten Investitionen in die Instandhaltung durch die Eigentümer\*innen, so dass das Ordnungsamt mit Beschwerden über die Verwahrlosung der Grundstücke umgehen müsse.

Aufgrund der starken Prägung des Stadtteils durch den Schlachthof und die damit verbundene hohe Fluktuation, komme es zu Konflikten zwischen Anwohner\*innen mit unterschiedlichen Lebensrealitäten und Bedürfnissen. Beispielsweise treffe das Bedürfnis älterer Menschen nach Ruhe auf das Bedürfnis anderer Anwohner\*innen, den Feierabend im Freien ausklingen zu lassen. Auch die verschiedenen Ämter und Schulen seien durch die hohe Fluktuation belastet.

Anschließend stellte Herr Trauer den ganzheitlichen Ansatz der Stadt Weißenfels zur Bewältigung der Herausforderungen in der Neustadt in fünf Schritten vor:

Im ersten Schritt wurden die Herausforderungen durch die Stadtverwaltung anerkannt und der Stadtrat eingebunden. Im zweiten Schritt wurde die Umsetzung praxisnaher Lösungen vorangebracht, indem zum Beispiel ein Hausmeisterdienst für die Müllbeseitigung etabliert wurde. Darüber hinaus wurde ein Stadtteilbüro in der Neustadt eröffnet. Der dritte Schritt umfasste den Ausbau von Kooperationen und Netzwerken, beispielsweise durch Bürgerdialoge, die Kommunale Konfliktberatung durch das K3B und den „Weißenfelser Weg“, ein Integrationskonzept unter Beteiligung verschiedener Akteure aus Stadt und Landkreis. Der vierte Schritt beinhaltete ein städtebauliches Konzept, zum Beispiel durch den Ausbau des Neustadtparks als Treffpunkt. Im fünften Schritt setzte das Ordnungsamt Schwerpunkte, beispielsweise durch verstärkte Präsenz vor Ort.



Maik Trauer nahm die Teilnehmenden mit auf einen Rundgang durch die Neustadt aus Sicht des Ordnungsamtes

Zum gemeinsamen Abendessen kamen die Teilnehmenden der Tagung im Restaurant Schumanns Garten zusammen und wurden dort durch die Vorstandsvorsitzende des VFB Salzwedel begrüßt.

## Grußwort

*Anna Stein (Vorstandsvorsitzende des VFB Salzwedel e.V.), im Wortlaut*

Einige von Ihnen kennen mich bereits (aus dem letzten Jahr). Auch in diesem Jahr habe ich wieder die schöne Aufgabe, Sie auch im Namen des Vereins zur Förderung der Bildung Salzwedel heute hier begrüßen zu können.

Wie viele von Ihnen wissen, ist der Verein zur Förderung der Bildung Salzwedel seit 1993 in der Altmark als Bildungsträger etabliert. Wir engagieren uns im Bereich Soziale Arbeit, Benachteiligtenförderung, Bildung und Ausbildung, und seit 2015 auch im Bereich der Demokratieförderung. Kommunale Konfliktberatung am VFB Salzwedel begann 2016/2017 mit der Förderung durch das Bundesprogramm Demokratie Leben! in der Altmark mit der Beratung von 3 Kleinstädten und ist seitdem stetig gewachsen.

Die Partnerfachtagung ist für uns immer auch ein Anlass, gemeinsam mit den Partner\*innen zurückzuschauen. Es ist schön zu sehen, dass aus dem Anfang in der Altmark vor 7 Jahren nicht nur das Kompetenzzentrum entstanden ist, das mittlerweile Städte und Gemeinden in 6 Bundesländern unterstützt, sondern auch ein Netzwerk.

Es ist heute Nachmittag bereits angeklungen: Für uns als Verein ist die Partnerfachtagung in diesem Jahr auch deshalb ein besonderer Anlass, weil Weißenfels auch der Ausgangspunkt einer erfolgreichen Kooperation zwischen dem Land Sachsen-Anhalt, der Freudenberg Stiftung und dem VFB Salzwedel ist. Ich erinnere mich, wie wir 2019 mit Hagen Berndt die ersten Gespräche in Weißenfels und mit dem Land Sachsen-Anhalt geführt haben. Thema war, wie eine Unterstützung bzw. Kooperation mit der Stadt ermöglicht werden kann. Daraus ist im Jahr 2020 eine bis heute sehr fruchtbare Kooperation zwischen dem Land Sachsen-Anhalt, der Freudenberg Stiftung und dem VFB Salzwedel e.V. entstanden. Wir verfolgen das gemeinsame Ziel, das K3B langfristig zu verstetigen. Besonders freue ich mich, dass die Kooperation in diesem Jahr bestätigt und eine Kooperationsvereinbarung bis 2026 unterzeichnet wurde.

” Für uns als Verein ist die Partnerfachtagung in diesem Jahr auch deshalb ein besonderer Anlass, weil Weißenfels auch der Ausgangspunkt einer erfolgreichen Kooperation zwischen dem Land Sachsen-Anhalt, der Freudenberg Stiftung und dem VFB Salzwedel ist

Ich freue mich also, dass wir heute und morgen Gelegenheit haben, neben Austausch und Vorträgen auch die Stadt, Herausforderungen und das große Engagement hier kennenzulernen.

In diesem Sinne wünsche Ihnen, nun auch im Namen des VFB Salzwedel e.V. viele interessante Einblicke, anregende Gespräche und guten Appetit!



Donnerstag, 19. Oktober 2023

## Diskussionsforen „Praxis im Dialog. Konfliktbearbeitung im kommunalen Raum“

### Forum 1.1: Konfliktfeld Zuwanderung – Von Kontinuitäten und (notwendigen) Veränderungen

**Referent\*innen:** Michael Marquardt (Vorstandsmitglied der Stiftung Bürger für Bürger, Halle an der Saale) und Stefan Loidolt (Leipzig helps Ukraine)

**Moderation:** Sebastian Leierseder (K3B)

Im Diskussionsforum stellte Stefan Loidolt die Arbeit von Leipzig Helps Ukraine e.V. in einem Impulsreferat vor. Michael Marquardt steuerte im Anschluss mit vorbereiteten Thesen und Fragen den fruchtbaren und intensiven Austausch. Die Erkenntnisse der Studie „Engagierte in der Ukrainehilfe“ der Stiftung Bürger für Bürger waren Vorlage für seine Diskussionsfragen. (2023\_PolicyPaper\_Ukrainehilfe\_StiftungBuergerfuerBuerger.pdf (buerger-fuer-buerger.de))



Leipzig Helps Ukraine e.V. gründete sich unmittelbar zu Beginn des Kriegs Russlands gegen die Ukraine. Noch bevor erste Geflüchtete aus der Ukraine Deutschland erreicht hatten, hatte Leipzig Helps Ukraine e.V. einen umfangreichen Pool von freiwilligen Helfer\*innen aufgebaut. Dem Verein sei es somit möglich gewesen, schnell und unkompliziert Hilfe für alle ankommenden Menschen und für alle Bedarfe zu leisten: angefangen von der Vermittlung von Unterkünften, über sprachliche Hilfestellungen bis hin zur In-Empfangnahme am Bahnhof habe der Verein kurzfristig Hilfe dort geschaffen, wo sie benötigt wurde.

Die als krisenhaft empfundene Situation, dass viele Geflüchtete gleichzeitig nach Deutschland einreisen, sei weder von Leipzig noch von den allermeisten anderen Verwaltungen in Deutschland ohne die unbürokratische Hilfe der Zivilgesellschaft gestemmt worden. Wie bereits 2015, als zuletzt viele Geflüchtete nach Deutschland einreisten, habe sich die anfallende Arbeit nur in einer gemeinsamen Anstrengung einer Vielzahl von Akteur\*innen bewältigen lassen. Es habe sich in beiden Fällen gezeigt, dass Verwaltung nicht ausreichend auf krisenhafte Situationen vorbereitet sei. Nun drohe eine Enttäuschung der zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen: Die jetzt etablierten und aktuell finanzierten in der Hilfe für Geflüchtete Engagierten verlören nach und nach ihre finanzielle Grundlage, da die finanzielle Ausstattung der Vereine nur über projektbasierte Fördermittel von staatlicher Seite finanziert worden sei. Die Erkenntnisse und erlernten Fähigkeiten würden dadurch nicht in dauerhafte Strukturen eingespeist, sondern könnten verloren gehen.

Im Diskussionsforum entwickelten die Anwesenden Visionen hinsichtlich des Zusammenspiels von Verwaltung und Zivilgesellschaft in als krisenhaften empfunden Situationen. Der Wunsch nach einer schnell handlungsfähigen Verwaltung, die ein verlässlicher Ansprechpartner für Zivilgesellschaft ist, wurde dabei sehr deutlich. Es brauche regelmäßig stattfindende Austauschformate zwischen Kommunen und Zivilgesellschaft, eine bessere Vernetzung aller relevanten Akteure innerhalb der Verwaltung sowie klare Ansprechstrukturen in der Verwaltung für die Zivilgesellschaft.

Die Arbeit sollte für beide Seiten (Zivilgesellschaft und Verwaltung) finanziell gesichert werden. Neben der finanziellen Ausstattung dieser Krisenreaktionsteams benötigen Kommunen Zugriff auf materielle Ressourcen wie Wohnraum, Möbel und Vieles mehr, um Nutzungskonflikten in Krisen vorzubeugen. Es müssten insgesamt mehr Ressourcen für Krisen auf kommunaler Ebene vorgehalten werden.

Seien diese materiellen Rücklagen vorhanden, Zuständigkeiten weit im Voraus geklärt und Zusammenarbeit von Verwaltung und Zivilgesellschaft eingeübt, so die Hoffnung im Diskussionsforum, könnten Krisen besser bearbeitet werden.

## Forum 1.2: Kommunen für Integration stärken: Erfahrungen aus dem Kommunalen Konfliktmanagement in NRW

**Referentinnen:** Julia Schatzschneider (Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Forschung und Entwicklung in der Sozialen Arbeit, Hochschule Niederrhein) und Anne Grit Bangura (Kommunales Integrationszentrum Kreis Lippe)

**Moderation:** Matthias Beiderbeck (K3B)

Zunächst stellte Julia Schatzschneider das Projekt KoKo II vor. Es ermöglicht mit Unterstützung durch das NRW-Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration (MKJFGI) und die Stiftung Mercator im Zeitraum von November 2021 bis Oktober 2024 neun Kommunen in NRW den Aufbau eines lokalen Konfliktmanagementsystems. Ziel des Projekts sei es, Kommunen konflikttauglich und krisenfest in Bezug auf Konflikte rund um die Themen Migration und Integration zu machen. Julia Schatzschneider betonte, dass es dabei vor allem darum gehe, den entsprechenden Herausforderungen und Konflikten im Vorfeld präventiv zu begegnen, die Konfliktbearbeitung zu professionalisieren, eine partizipative und demokratische Entscheidungs-, Problemlöse- und Konfliktkultur zu etablieren sowie den inter- und intrakommunalen Austausch zu fördern. Dabei sollen durch Schulungs- und Qualifizierungsprogramme die Kapazitäten kommunaler Mitarbeitenden gestärkt werden, um ein effektives lokales Konfliktmanagementsystem zu etablieren.

Sie benannte jedoch auch Widersprüche zwischen Theorie und praktischer Umsetzung eines Konfliktmanagementsystems in Kommunen, die sich im Zuge der Umsetzung des Projekts ergeben hätten. Dies habe seine Gründe unter anderem in der besonderen Struktur und Hierarchie kommunaler Verwaltungen und der dort herrschenden Konfliktkultur, die eine effiziente Bearbeitung interner Konflikte oft schwierig mache. Damit ein Konfliktmanagementsystem in Kommunen erfolgreich gelingen könne, sei unter anderem eine erlebbare Unterstützung „von oben“, ausreichende Ressourcen, Rollenklarheit sowie die Einbeziehung und Wertschätzung anderer Akteure der Konfliktbearbeitung und bestehender Ansätze, wie dem der Kommunalen Konfliktberatung, essenziell.

Anschließend berichtete Anne Grit Bangura von ihren Erfahrungen im Rahmen der Qualifizierung zur Konfliktmanagerin im Rahmen von KoKo II und von der praktischen Umsetzung des Konfliktmanagementsystems im Kreis Lippe. Dabei wies sie darauf hin, wie wichtig es sei, die Funktion als Konfliktmanagerin in allen Bereichen der kommunalen Verwaltung bekannt zu machen und zu verankern. In dieser Funktion böte sich auch eine Schnittstelle zur externen Kommunalen Konfliktberatung. Durch die erhöhte Sensibilität für Konflikte durch ausgebildete Konfliktmanager\*innen in den Kommunen könne auch der Bedarf für eine professionelle externe Unterstützung bei bestimmten Konfliktlagen schneller erkannt und angegangen werden.



In der anschließenden Diskussionsrunde wurden neben der Bedeutung von NGOs im Zusammenhang mit Konflikten mit Bezug zum Thema Migration und Integration auch Fragen zur nachhaltigen Finanzierung in Bezug auf den Erhalt und Ausbau kommunaler Konfliktmanagementsysteme aufgeworfen. Dabei wurde die Relevanz der Einbindung von Akteuren der Kommunalen Konfliktberatung in Bezug auf sozialen Zusammenhalt und Integration noch einmal deutlich.

## Forum 1.3: Zwischen Krise und Aufbruch.

### Beobachtungen zur Bewältigung des Kohleausstiegs in der Lausitz und dem Mitteldeutschen Revier

**Referentin:** Victoria Luh (Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Forschungsinstitut für Nachhaltigkeit, Helmholtz-Zentrum Potsdam)

**Moderation:** Luise Veit (K3B)

Victoria Luh gab im Diskussionsforum Einblicke, wie der Strukturwandel im Lausitzer und Mitteldeutschen Revier zum Anlass eines multiplen gesellschaftlichen Krisenerlebens wird. Die Konflikte vor Ort bewegten sich im Spannungsfeld zwischen Tradition, Zugehörigkeit und der Bewältigung umfassender Veränderungen. Der Strukturwandel sei als Anpassungsstrategie an den Klimawandel ökologisch notwendig, führe aber zu grundlegenden Veränderungen der sozialen, administrativen und wirtschaftlichen Abläufe und Gewohnheiten. Für die Lausitz sei das vor den Hintergründen der Umbrüche 1989/90 nichts Neues. Der heutige Strukturwandel reaktiviere Erfahrungen aus den 1990er Jahre, die einen Schock hinterlassen hätten und das Erleben von Krisen nachhaltig prägten – mit Strukturwandel würden hohe gesellschaftliche Kosten verbunden. Die aktuellen Veränderungen schürten Spannungen, weil es um Neuverteilung von Ressourcen und Verantwortung gehe.

Eine externe Prozessbegleitung in Form von Kommunalen Konfliktberatung oder Beratung zu Beteiligungsformaten könne Kommunen unterstützen, die Transformation neben den anderen Herausforderungen zu bewältigen. Gelingensbedingung guter Beteiligungsformate sei u.a. eine fundierte institutionelle Einbindung des Formats, gestärkt durch einen politischen Willen und Offenheit. Das Prozessdesign müsse eine Relevanz für Bürger\*innen sicherstellen, an den Themen der Beteiligten ansetzen und eine Frustrationstoleranz sicherstellen. Außerdem sollte Beteiligung nicht als Akzeptanzbeschaffung angesehen werden, sondern es sollte ein ehrliches Interesse geben mit den Ergebnissen zu arbeiten.

In der Diskussion wurde der Stellenwert von multidimensionalen Konfliktanalysen hervorgehoben. Zentraler Gedanke der Diskussion war, dass Maßnahmen erfolgsversprechend seien, wenn sie an das Gedächtnis der Region und das biographisch geprägte Konflikterleben der Menschen anknüpfen. Dabei sollten die verschiedenen Erzählungen kommunaler Gesellschaften eingefangen und übereinandergelegt werden, damit unterschiedliche Perspektiven Gehör verschafft werden und die Pluralität der Gesellschaft sichtbar werde. Zudem stellte sich die Frage, an welchen Orten Menschen in einen Austausch treten können, Emotionen stattfinden und Perspektivendifferenzen ausgetragen werden können.

Im Diskussionsforum sammelten die Teilnehmenden Ideen für einen konflikt-sensiblen Umgang mit Strukturwandel





## Forum 1.4: Zwischen dem Wunsch nach Sachlichkeit und Ausdruck von Gefühlen: Zum Umgang mit Emotionen in (Planungs-)Konflikten

**Referent\*innen:** Ornella Gessler (K3B) und Stefan Baars (Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Fakultät für Raumplanung, Technische Universität Dortmund)

**Moderation:** Marike Blunck (K3B)

Boden stellt eine begrenzte Ressource dar, was zu Konflikten führen kann, wenn verschiedene Interessen um freie Flächen konkurrieren - sei es für die Entwicklung neuen Wohnraums oder den Erhalt von Grünflächen. In der Stadt- und Raumplanung werden die verschiedenen Nutzungsansprüche, im Sinne des Gemeinwohls, abgewogen und koordiniert. Aus unerfüllten oder unbeachteten Nutzungsansprüchen könnten bei Bürger\*innen starke Emotionen entstehen, und für den Umgang mit diesen brauche es deshalb legitimen Raum und Methoden, wie Stefan Baars betonte. Er führte aus: „Im planerischen Kontext gibt es üblicherweise keinen Raum für Emotionen.“ Stattdessen bestehe der Anspruch, sachliche Argumente abzuwägen, wobei Emotionen normalerweise nicht thematisiert würden.

Ornella Gessler hob die Bedeutung von Emotionen in Konfliktodynamiken hervor. Sie unterstrich, dass Wut, Ärger und Frustration oft Hinweis dafür seien, dass bestimmte Bedürfnisse oder Interessen (noch) nicht berücksichtigt worden seien. Emotionen seien vielschichtig wahrnehmbar, und eine klare Trennung zwischen Objektivität und Emotionalität meist nicht möglich. Einen sachlichen Konsens zu finden, erfordere daher auch, sich mit emotionalen Aspekten auseinanderzusetzen und aufkommende Emotionen anzusprechen, so Gessler. Baars und Gessler beschäftigen sich im Rahmen des Forschungsverbunds „Netzwerk Lokale Konflikte und Emotionen in Urbanen Räumen“ (LoKoNet) unter anderem mit der Frage, wie Emotionen in gesellschaftlichen Konflikten wirken und bearbeitet werden können.

In der anschließenden Diskussion mit den Teilnehmenden, die eigene Erfahrungen als kommunale Akteure oder Konfliktberater\*innen einbrachten, wurde deutlich, dass ein konstruktiver Umgang mit Emotionen eine gute Kommunikations- und Konfliktlösungskompetenz erfordert. Ein kommunaler Akteur berichtete, dass Bürger\*innen besonders dann emotional reagierten, wenn ihre persönlichen Interessen beeinträchtigt seien und sie Benachteiligung befürchteten. In solchen Fällen stießen sachliche Argumente oft an Grenzen. Andere Beispiele aus der Praxis bezogen sich auf verbale oder körperliche Ausdrucksformen von Wut, Ärger und Frustration, die sich manchmal auch in persönlichen Angriffen und Bedrohungen zeigen. Die Teilnehmenden waren der Ansicht, dass es Orte brauche, die empfundenen Gefühle konstruktiv zu thematisieren und Bürger\*innen ermöglichen, gehört zu werden.



Frustration, die sich manchmal auch in persönlichen Angriffen und Bedrohungen zeigen. Die Teilnehmenden waren der Ansicht, dass es Orte brauche, die empfundenen Gefühle konstruktiv zu thematisieren und Bürger\*innen ermöglichen, gehört zu werden.

Die Teilnehmenden des Forums diskutierten den Umgang mit Emotionen in Konflikten

## Forum 1.5: Wer redet noch mit wem?

### Vielfalt und Integration gemeinsam gestalten in der Stadt Zittau

**Referent\*innen:** Felix Pankonin (Bereichsleiter der Netzwerkstatt für „Zeitgeschichte und Zivilgesellschaft“ in der Hillerschen Villa, Zittau)

**Moderation:** Damaris Deinert (K3B)

In Zittau im Dreiländereck Polen-Tschechien-Deutschland verstärken soziale Transformationsprozesse lokale Konflikte. Diese werden mit zunehmender Schärfe im öffentlichen Raum ausgetragen. Felix Pankonin vermittelte den Teilnehmenden des Diskussionsforums Einblicke in die Situation in der ostsächsischen Stadt.

Bereits als sich die Stadt Zittau im Jahr 2019 um den Titel der Europäischen Kulturhauptstadt 2025 bewarb, zeigte sich eine Polarisierung in der Stadtgesellschaft zwischen Befürworter\*innen und Gegner\*innen einer Bewerbung. Diese politische Konfliktlinie verstetigte sich mit Blick auf kontroverse Themen wie die Corona-Politik, den Krieg in der Ukraine, die Energie- und Klimapolitik der Bundesregierung und immer wieder in Bezug auf die Fluchtmigration. Diese Themen wurden und werden in regelmäßigen lokalen Montagsprotesten aufgegriffen. Ein gemeinsamer Nenner der verschiedenen Themen schein aus Sicht der Protestierenden die individuelle Erfahrung einer Freiheitsbeschränkung durch staatliche Politik zu sein, so Felix Pankonin.

Viele der im Rahmen der Proteste angesprochenen Themen lägen jenseits des Steuerungs- und Einflussbereichs der Kommune. In der Migrationspolitik konnten die Proteste jedoch erfolgreich an lokale Problematiken anknüpfen. Als im März 2023 Pläne der Kreisverwaltung Görlitz bekannt wurden, im Zittauer Ortsteil Hirschfelde eine Gemeinschaftsunterkunft für bis zu 150 Geflüchtete einzurichten, regte sich erheblicher Widerstand, der in einer massiven Störung einer Stadtratssitzung ein bis dahin ungekanntes Eskalationsniveau erreichte.

Während in der Spitze bis zu 1.500 Menschen (darunter auch viele Auswärtige) auf dem Zittauer Marktplatz protestieren und lediglich überschaubare zivilgesellschaftliche Netzwerke die Teilnahme von (extrem) rechten Akteur\*innen sowie die demokratiefeindlichen Positionen der Protestbewegung problematisieren, schein die Mehrheit der 24.000 Zittauer\*innen gegenüber alldem anteilnahmslos oder indifferent zu sein.

Folgende Fragen wurden im Forum diskutiert: Wie können Menschen für Prozesse der demokratischen Interessenaushandlung zurückgewonnen werden? Welche Räume haben Menschen, die nicht radikal, aber von der Politik enttäuscht sind, zu erzählen, was sie bewegt – wo wird ihnen unvoreingenommen zugehört? Wenn die Montagsdemonstrationen als prinzipiell legitime „Ermächtigungsräume“ verstanden werden, wie kann der öffentliche Raum auch zur Ermächtigung anderer, weniger sichtbarer Gruppen genutzt werden? Welche Rolle spielt die Polizei in Bezug auf den Schutz der Demokratie im Kontext gesellschaftlicher Konflikte? Welche Rolle kann eine geteilte kollektive Identität einer Stadt („wer sind wir und wer wollen wir sein?“) dabei spielen, der Polarisierung entgegenzuwirken?

Die Stadt Zittau und das K3B begannen im Herbst 2023 einen Prozess der Konfliktberatung, der unter anderem diesen Fragen nachgehen wird.

Felix Pankonin berichtete von Erfahrungen im Umgang mit Konflikten im öffentlichen Raum aus Zittau



## Forum 1.6: Beteiligung und Konflikt

**Referent\*innen:** Birgit Reinke (Kordinatorin des Kommunalen Entwicklungsbeirats, Leiterin des Amtes für Öffentlichkeitsarbeit und Bürgerengagement, Rottenburg), Karin Frech (Moderatorin des Kommunalen Entwicklungsbeirates, Koordinatorin für Bürgerschaftliches Engagement und Bürgerbeteiligung, Rottenburg) und Mirjam Walter (K3B)

**Moderation:** Karol Sabo (K3B)

Zum Einstieg in das Diskussionsforum stellte die Moderation die Frage: „Wie stehen Beteiligung und Konflikte in kommunalen Prozessen in Beziehung?“ Als Annahme wurde geteilt, dass Konflikte und Konfliktynamiken in Beteiligungsprozessen häufig nicht mitgedacht bzw. bearbeitet werden.

Die beiden Referent\*innen aus Rottenburg, Birgit Reinke und Karin Frech, nahmen diesen Impuls auf, um einen Bogen zu ihrem Modellprojekt der Kommunalen Entwicklungsbeiräte zu spannen. Die Kommune in Rottenburg bietet bereits viele Beteiligungsformate an, die jedoch nicht immer bekannt seien. Daraus entstehe der Eindruck in der Bevölkerung, Entscheidungen würden häufig hinter verschlossenen Türen getroffen und Menschen nicht beteiligt.

Ziel des Modellprojektes sei gewesen, dies anhand des Themas „Transparente und nachhaltige Kommunikation in Kommunen“ näher zu beleuchten. Es habe sich schnell gezeigt, dass das Thema eine hohe Dynamik und Emotionalität aufweist. Aus diesem Grund entschied sich die Stadt Rottenburg für eine Kurzzeitberatung durch das Projekt KIKO des K3B, die durch eine systemische Konfliktanalyse eine Diskussionsgrundlage für den Kommunalen Entwicklungsbeirat schaffen sollte. Ein Ergebnis der Analyse war beispielsweise, dass der Begriff Dialog unterschiedlich verstanden wird. Dialog wird einerseits als ein Prozess verstanden, verschiedene Stimmen ins Gespräch zu bringen, andererseits als ein Prozess, andere von der eigenen Meinung zu überzeugen. Deutlich wurde auch, dass sehr unterschiedliche Erwartungen an das Beteiligungsformat gestellt wurden und werden. Dem Kommunalen Entwicklungsbeirat sei durch die Analyse eine Perspektiverweiterung ermöglicht und Konfliktynamiken sichtbar gemacht worden. Auf dieser Grundlage erarbeiteten die Beiräte konkrete Handlungsempfehlungen, um diese dem Gemeinderat zu übergeben.

Deutlich wurde im Diskussionsforum die Wichtigkeit von einem klaren Verständnis von Beteiligungsformaten: Es müsse transparent sein, wofür diese gedacht seien und was auf der Entscheidungsebene mit den entwickelten Vorschlägen passiert. Wenn dies berücksichtigt werde, könnten Kommunen Orte sein, wo Demokratie praktisch geübt und gelebt werde.

Zum Zeitpunkt des Diskussionsforum war der Prozess in Rottenburg noch nicht abgeschlossen. Trotzdem wurden erste konkrete Ergebnisse geteilt: Es wurde ein Leitfaden für Beteiligung und Beteiligungsformate entwickelt. Aus diesem soll zukünftig hervorgehen, wer beteiligt wird, welches Ziel diese Art der Beteiligung hat



und wo und wie am Ende eine Entscheidung getroffen wird. Außerdem soll es zukünftig eine öffentlich zugängliche „Vorhabens-Liste“ geben. Hier sollen interessierte Bürger\*innen sehen, welche Projekte aktuell geplant und umgesetzt werden und welche Beteiligungsangebote dafür bestehen.

Die Themen „Beteiligung und Konflikt“ wurden anhand des Beispiels Rottenburg im Diskussionsforum besprochen

## Forum 2.1: Eine Frage der Allparteilichkeit: Mobile Beratung - und Konfliktberatung?

**Referentinnen:** Lena Lehmann (Beraterin und Bildungsreferentin der Kompetenzstelle Eltern und Rechtsextremismus KER, Miteinander - Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V.) und Ulrike Gatzemeier (Leiterin K3B)

**Moderation:** Johannes Blatt (K3B)

Sowohl die Arbeit der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus als auch Kommunale Konfliktberatung können Kommunen bei Fragen zu rechten Akteuren und Strukturen, die auch mit Konflikten vor Ort zusammenhängen unterstützen, beispielsweise wenn eine Demonstration von rechten Gruppen vor einer kommunalen Unterbringung von Geflüchteten stattfindet und sich dies auf kommunales Zusammenleben auswirkt. In dem Diskussionsforum wurde die Arbeit der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus und der Kommunalen Konfliktberatung vorgestellt. Insbesondere wurde dabei der Fokus auf Fragen von Parteilichkeit oder Allparteilichkeit in der Arbeit mit kommunalen Akteuren gelegt.

Lena Lehmann berichtete, dass Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Brandenburg in den 1990er Jahren entstand, zur Unterstützung Betroffener der stark angestiegenen extrem rechten Gewalt. Mittlerweile gibt es in allen Bundesländern solche Beratungsstellen. An diese können sich alle wenden, die von rechter Gewalt betroffen sind oder Unterstützung beim Umgang mit rechten Akteuren benötigen. Dies können beispielsweise Einzelpersonen, Politiker\*innen, Verbände oder Polizei sein. Ziel sei es, Menschen in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus zu unterstützen sowie marginalisierte Menschen zu stärken, aktiv an der Gesellschaft mitzuwirken. Mobile Beratung positioniert sich parteiisch im Sinne einer Menschenrechtsorientierung, die sich klar gegen Menschenfeindlichkeit stellt.



Lena Lehmann und Ulrike Gatzemeier im Gespräch zum Verhältnis von Kommunaler Konfliktberatung und Mobiler Beratung



Kommunale Konfliktberatung kommt anders als Mobile Beratung nicht aus der Arbeit gegen Rechtsextremismus. Allerdings können aktuelle kommunale Konflikte nicht bearbeitet werden ohne Kontinuitäten rechter Strukturen in Kommunen zu betrachten. Ulrike Gatzemeier zeichnete die Entwicklung des Ansatzes nach: ab 2009 konzipierten Berater\*innen aus dem Bereich der internationalen Friedensarbeit und Konflikttransformation Kommunale Konfliktberatung als Unterstützungsangebot für Kommunen in Deutschland. Eine wesentliche Haltung Kommunalen Konfliktberatung sei die der Allparteilichkeit mit Grenzen: Berater\*innen wenden sich mit gleicher Akzeptanz, aber ohne eigene Werte aufzugeben, unterschiedlichen Sichtweisen zu, beziehen diese ein und ermöglichen dadurch, dass neue Perspektiven und schlussendlich Lösungswege für Konflikte entstehen können.

Im Verlauf der Diskussion mit den Teilnehmenden wurden verschiedene Seiten von Parteilichkeit oder Allparteilichkeit beleuchtet. In welchem Kontext sind klare Grenzen und eine klare Haltung notwendig, um eine Verschiebung nach rechts einzudämmen? Unter welchen Bedingungen ist es wichtig, auch Personen zuzuhören, die Bedürfnisse und Interessen haben und diese vermeintlich bei rechten Akteuren finden?

Zum Abschluss des Diskussionsforum wurde festgehalten, dass Mobile Beratung und Kommunale Konfliktberatung in dieselbe Richtung – hin zu einem demokratischen Zusammenleben – wirken möchten, dafür aber unterschiedliche Wege wählen. Eine Teilnehmerin bemerkte, dass die Arbeit der beiden Beratungsansätze Synergieeffekte erzeugt, wenn Erfahrungen geteilt und Fragen aneinandergestellt werden.

## Forum 2.2: „Ich fühle mich hier nicht mehr sicher!“ - Wie können Ordnungsbehörden das Sicherheitsempfinden von Menschen in herausfordernden Stadtteilen positiv beeinflussen?

**Referent\*innen:** Maik Trauer (Leiter des Amtes für Bürgerdienste)

**Moderation:** Annette Flos (Sozialwissenschaftlicher Dienst der Polizei Niedersachsen)

Bei der Polizei spricht man von Gefahrenräumen und Angsträumen. Beides ist relevant. Gefahrenräume spiegeln sich in Polizeistatistiken wieder. Doch wie gehen Ordnungsbehörden mit Angsträumen um, Räumen, in denen sich Menschen nicht sicher fühlen, obwohl sie laut Statistik sicher scheinen?

Maik Trauer ist Amtsleiter für Bürgerdienste in Weißenfels. Ihm ist auch das Ordnungsamt unterstellt, ein wichtiger Akteur in Sachen Ordnung und Sicherheit neben der Polizei. Er berichtete aus der Weißenfelser Neustadt.

In der Neustadt mit ihrer besonders herausfordernden Sozialstruktur Sorge das Aufeinandertreffen unterschiedlicher Lebensweisen, Biografien und Werthaltungen für Spannungen. Das Ordnungsamt berichte von Verwahrlosung, Armut, teilweise Ignoranz der Ordnungsregeln, Lärm, Müll und Drogen. Wünsche und Erwartungen aus der Bevölkerung seien oft nicht zu erfüllen.

Um diesen Herausforderungen zu begegnen, habe das Ordnungsamt in den letzten zwei Jahren das Personal um 50 Prozent aufgestockt und sei sieben Tage in der Woche bis 24 Uhr im Einsatz, was für ein Ordnungsamt ungewöhnlich sei. Es gebe ein großes Bürger\*innenbüro als Anlaufstelle für Anliegen der Stadtbevölkerung. Im Außendienst sei die optische Präsenz durch klar erkennbare Kleidung und beklebte Fahrzeuge verstärkt worden. Bei der Personalauswahl setze das Ordnungsamt bewusst auf Personen, die gut kommunizieren können, d.h. den Menschen auf der Straße angemessen begegnen und die Anliegen der Anwohner\*innen ernst nehmen. Weiterhin versuche das Ordnungsamt Partner zu gewinnen und eine gute Zusammenarbeit mit der Polizei und dem Landkreis zu etablieren. Auch bestehe der Wunsch noch stärker mit den anderen Fachbereichen, wie beispielsweise dem Bereich für Soziales sowie dem Städtebau zusammenwirken. Ebenso sollen auch Migrant\*innenorganisationen und das Neustadtbüro künftig als Partner fungieren.



Über den Umgang von Ordnungsbehörden mit Angsträumen in der Stadt sprachen die Teilnehmenden in diesem Diskussionsforum

## Forum 2.3: Umgang mit Hass, Bedrohung und Gewalt. Möglichkeiten zur Prävention und Intervention in kommunalen Konflikten

**Referent\*innen:** Gunnar de Vries (Starke Demokratie e.V.)

**Moderation:** Luise Veit (K3B)

Referent Gunnar de Vries schilderte, wie er in seiner Zeit als Leiter einer Behörde mit Hassbotschaften und Bedrohungen konfrontiert war. Er machte deutlich, dass Kommunalverwaltungen in vielen Fällen, wie z. B. im Asylrecht, gezwungen seien, politische und gesetzliche Vorgaben von Bund und Land vor Ort, in der Kommune, umzusetzen. Das bedeute, dass Personen in diesen Funktionen von Betroffenen für unbequeme Entscheidungen verantwortlich gemacht und als Konsequenz mit Hassbotschaften, Bedrohung und zum Teil mit Gewalt konfrontiert werden. Dies habe nicht nur er als Behördenleiter erlebt, auch seine Familie sei davon betroffen gewesen. Er führte aus, dass insbesondere in kleinen und mittleren Städten, wo die Menschen im Alltag sichtbar und bekannt seien, sich diese Bedrohung stark belastend auf das persönliche Sicherheitsempfinden und die Lebensqualität auswirke. Er habe in dieser Situation versucht, das Gefahrenpotenzial durch vielfältige Aktivitäten zu verdrängen. Dies habe in der Folge jedoch zu Überforderung und letztlich dazu geführt, dass er seinen Posten aufgeben musste. Heute setzt er sich als Mitglied des Hamburger Vereins „Starke Demokratie e.V.“ dafür ein, durch Schulungen und Beratung Betroffene in Verwaltung und Politik präventiv und bei konkreten Bedrohungslagen im Umgang mit Gewalt und Hassrede zu unterstützen. Er wies zudem auf die Folgen für die Demokratie hin, wenn Personen aus Furcht vor Bedrohung sich nicht mehr politisch engagieren wollen.

Anschließend diskutierten die Teilnehmenden die Möglichkeiten mit solchen Konfliktlagen konstruktiv umzugehen. Der Austausch von Betroffenen mit speziell auf diesem Feld erfahrenen Berater\*innen über ihre Erfahrungen und Maßnahmen zum Umgang mit Bedrohung, Hass und Gewalt könne ein erster Schritt sein, um Betroffene zu stärken. Weitere Bausteine seien präventive Schulungen für Verwaltungsmitarbeitende zum Verhalten in verschiedenen Bedrohungslagen und spezifische Beratungsangebote für Betroffene. Entsprechend ausgebildete Fachkräfte in den Verwaltungen könnten Angebote zur Prävention, Beratung und Supervision machen. Auch strukturelle Veränderungen innerhalb der Institutionen könnten eine Möglichkeit



sein, um besser mit dieser Art von Konflikten umzugehen. Zudem sei es sinnvoll, Schulungen zur Gewaltprävention als festen Bestandteil in die Ausbildung von Verwaltungsmitarbeitenden zu integrieren. Als eine politische Vision wurde formuliert, Austauschmöglichkeiten über die Governance-Ebenen von Bund, Land und Kommune hinweg zu schaffen, um auf allen Ebenen das Bewusstsein für die Auswirkungen von Maßnahmen von Landes- und Bundespolitik auf die Verantwortlichen in den Kommunen vor Ort zu schärfen.

Gunnar de Vries gab Anregungen zum Umgang mit Hass, Bedrohung und Gewalt gegen Amts- und Mandatsträger\*innen

## Forum 2.4: Innovation und Teilhabe im ländlichen Raum am Beispiel Osterburg

**Referent\*innen:** Nico Schulz (Bürgermeister der Stadt Osterburg) und Matthias Köberle (Leiter des Amtes für Wirtschaftsförderung und Bauen der Stadt Osterburg)

**Moderation:** Esther Binne (K3B)

Bürgermeister Nico Schulz und der Leiter des Amtes für Wirtschaftsförderung und Bauen Matthias Köberle stellten im Diskussionsforum die innovativen Ansätze vor, die die Stadt Osterburg zur Bewältigung der besonderen Herausforderungen im ländlichen Raum ausprobiert hat. Die Frage, wie Bürger\*innen aktiv in die Gestaltung des kommunalen Lebens einbezogen und an Entscheidungen in der Kommune beteiligt werden können, war bis 2020 auch Teil einer Kooperation mit dem K3B.

Wie kann Abwanderung gestoppt und das Leben in der Gemeinde auch für jüngere Menschen und Familien attraktiv werden? Wie kann eine gute Daseinsvorsorge für alle Ortsteile gewährleistet werden? Wie können Bürgerinnen und Bürger in politische Entscheidungsprozesse eingebunden werden? Und was bringt es der Kommune? Diese und andere Fragen bewegten die Stadt Osterburg dazu, innovative Projekte für mehr Teilhabe und Beteiligung durchzuführen. Zum Beispiel rief die Stadt Osterburg einen Bürgerrat für die Erarbeitung eines Klimakonzeptes für die Kommune ins Leben. Dabei ging es unter anderem um die Frage nach der Nutzung von Freiflächen mit Photovoltaik. Die Zusammensetzung des Bürgerrates erfolgte über einen öffentlichen Aufruf einerseits und über ein losbasiertes Verfahren andererseits. Eine gute Repräsentation von allen Altersklassen sowie von Männern und Frauen gleichermaßen war gewünscht. Bei der Vorbereitung und Durchführung der Versammlungen des Bürgerrates unterstützte das Netzwerk Zukunft e.V. Auf Grundlage der Ergebnisse aus den Bürgerratssitzungen wurden Handlungsempfehlungen erarbeitet, diskutiert und demokratisch abgestimmt an den Stadtrat übergeben, um dann in ein umfassendes Klimaschutzkonzept überführt zu werden. Es habe ein Lernprozess stattgefunden, welche Faktoren dazu beitragen können, dass Bürger\*innen sich aktiv an der Gestaltung ihrer Kommune beteiligen. Maßgeblich sei zum Beispiel die Uhrzeit, zu der die Versammlungen stattfinden. Bürgerräte seien ein gutes Instrument, um die Meinung der breiten Masse abzubilden und zu hören, welche Wünsche bestehen.

Auch die bessere Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, Mobilitätsangebote wie ein Bürgerbus, und Quartiersmanagement seien in Osterburg Thema. Im Diskussionsforum wurde deutlich, dass in Osterburg

sehr positive Erfahrungen gemacht wurden, die Bürger\*innen verstärkt an diesen Prozessen zu beteiligen. Es brauche jedoch für jegliche Beteiligungsprozesse immer auch Ressourcen. Für mehr Demokratie müssten daher auch die entsprechenden Mittel bereitgestellt werden.

Des Weiteren wurde betont, dass insbesondere für kleine Kommunen Beratungsangebote notwendig seien, um die notwendige Fachkompetenz für Prozesse einzuholen.



Am Beispiel Osterburgs diskutierten die Teilnehmenden die Möglichkeiten der Beteiligung von Bürger\*innen in kommunale Entscheidungen



## Forum 2.5: Eine demokratische Konfliktkultur für die Energiewende – Zur Rolle der Kommunen

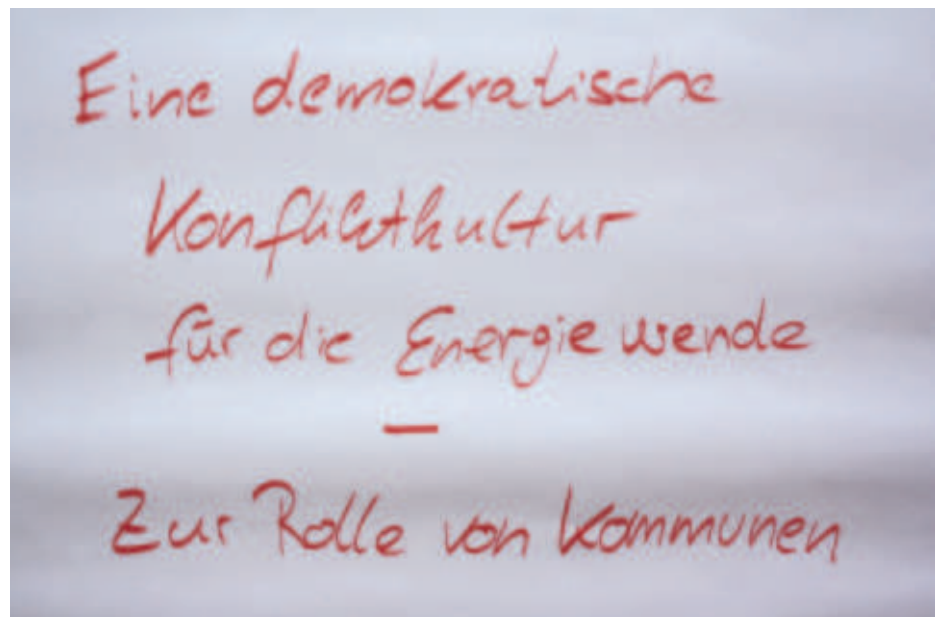
**Referent\*innen:** PD Dr. habil. Fritz Reusswig (Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Klimaresilienz, Potsdam Institut für Klimafolgenforschung)

**Moderation:** Konstantin Leimig (K3B)

Emotionen und Beteiligung - das waren wohl die zwei zentralen Schlagworte in diesem, von Dr. Fritz Reusswig angebotenen Diskussionsforum. Jedoch war Dr. Reusswig nicht der einzige Energiewende-Experte, der beim Forum zugegen war. Da auch Victoria Luh, die am Forschungsinstitut für Nachhaltigkeit in Potsdam mit Fokus auf den Strukturwandel in der Lausitz arbeitet, am Forum teilnahm, überlegte sich Dr. Reusswig kurzfristig, seine Pläne für das Diskussionsforum zu verändern und stattdessen in einen angeregten fachlichen Austausch mit Frau Luh zu treten. Es entstand ein konstruktiver Dialog, in den sich auch die anderen Teilnehmenden durch das Teilen eigener Wahrnehmungen, Analysen und Fragen einbrachten.

Das Thema Emotionen, das auf der Tagung auch in anderen Zusammenhängen diskutiert wurde, spielte eine wichtige Rolle. Es war Konsens, dass „sachliche“ Debatten, also Debatten ohne Emotionen, zwar in vielen Zusammenhängen gefordert würden, dieser Anspruch aber illusorisch sei. Mehr als das: Frau Luh stellte treffend fest: „Emotionen sind Teil eines politischen Prozesses“. Auch Dr. Reusswig unterstrich die Rolle von Sprache als ein zentrales Medium, um Emotionen in Konfliktkontexten in konstruktive Bahnen zu lenken.

Mit Blick auf das Thema Beteiligung wurde deutlich, dass diese ein zentrales Werkzeug für Kommunen sei, um bei der Gestaltung der Energiewende nicht die Rückkopplung an die Bürger\*innen zu verlieren. Jedoch müsse diese Beteiligung „gut gemacht“ werden. So dürften Beteiligungsformate nicht darauf abzielen, Akzeptanz zu generieren und müssten die Handlungsmacht der Teilnehmenden ernst nehmen. Darüber hinaus sollten sich solche Formate laut Dr.



Reusswig an alle Einwohner\*innen einer Kommune richten und keine Gruppen ausschließen, da nur so eine breite Akzeptanz für die Ergebnisse von Beteiligungsprozessen erreicht werden könne. Außerdem seien gutes Erwartungsmanagement und gute Kommunikation für Beteiligungsformate unerlässlich.

## Forum 2.6: Anerkennung, Teilhabe, Mitbestimmung - Gemeinsam vielfältige Kommunen gestalten

**Referent\*innen:** Mamad Mohamad (Geschäftsführer des Landesnetzwerks der Migrant\*innenorganisationen Sachsen-Anhalt)

**Moderation:** Robin Tapkan (K3B)

Mamad Mohamad berichtete über das Netzwerk, das die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen der Bevölkerung mit Migrationsgeschichte in Sachsen-Anhalt vertritt. Als Anlaufstelle für migrationspolitisch relevante Fragen steht LAMSA der Landesregierung, anderen Migrant\*innenorganisationen und relevanten Verbänden zur Verfügung. Ziel sei es, nachhaltig zur Integration von Migrantinnen beizutragen, indem Ressourcen und Kompetenzen gebündelt werden.

Die übergeordnete Vision von LAMSA sei eine Gesellschaft ohne Vorurteile, Rassismus und Diskriminierung. Die Ziele des Vereins umfassen die Vertretung von Migrationsinteressen auf Landesebene, Beteiligung an Integrationsaktivitäten, Vernetzung der Akteure, Empowerment durch Qualifikationsveranstaltungen und der Abbau von Rassismus. Die Mitglieder setzen sich für die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen mit Migrationsgeschichte am gesellschaftlichen Leben ein.

Mamad Mohamad betonte die Herausforderungen, denen Migrant\*innenorganisationen, insbesondere in Ostdeutschland, gegenüberstünden. Er berichtete, dass die Zahl der NGOs von Menschen mit Migrationshintergrund weiter abnehme. Viele erfahrene Einzelpersonen würden wegziehen, was sich auf die Nachhaltigkeit der Arbeit auswirke. Auch viele Menschen mit Fluchthintergrund sähen ihren Aufenthalt in Ostdeutschland als vorübergehend an. Wichtig sei es auch, die Machtverhältnisse zwischen den verschiedenen Akteuren zu betrachten. Insbesondere der Aufbau von Vertrauen zwischen den verschiedenen Akteuren spiele eine wichtige Rolle. LAMSA wurde gegründet, um Strategien für den Umgang mit diesen Schwierigkeiten zu entwickeln, um Stereotypen zu durchbrechen und positive Veränderungen herbeizuführen.

Die Vielfalt innerhalb von Migrant\*innenorganisationen wurde von Mamad Mohamad herausgestellt. Leipzig wurde als positives Beispiel für einen funktionierenden Migrant\*innenbeirat genannt. Die Bedeutung ernsthafter Kommunikationskanäle zwischen solchen Einheiten und der Stadtverwaltung wurde hervorgehoben. Die Diskussion schloss mit dem Appell, Migrant\*innenorganisationen nicht nur in guten Zeiten zu beachten, sondern auch in Krisensituationen nachhaltige Lösungen zu suchen. Es wurde betont, dass Migrant\*innenorganisationen als ernsthafte Partner im Dialog anerkannt werden sollten, um langfristige Perspektiven für die Zukunft zu schaffen.



## Kreativer Dialog zur Tagung und Übertragung in die Praxis mit der Gruppe Playback Theater Berlin

Im Anschluss an die Diskussionsforen fand ein kreativer Dialog zur Tagung mit der Gruppe Playback Theater Berlin statt. Dieses interaktive Theater eröffnete den Teilnehmenden die Möglichkeit, eine Auswahl von besonders bewegenden Aspekten aus der Tagung durch die Theater-Gruppe wiedergegeben zu sehen. So entstanden auf der Bühne sehr lebendige Szenen.



## Abschluss

*Maik Trauer (Leiter des Fachdienstes Bürgerdienste Weißenfels) und Insa Bloem (Projektleitung am K3B)*

Abschließend schilderten Maik Trauer und Insa Bloem ihre jeweiligen Eindrücke aus der Tagung und reflektierten gemeinsam, welche Gedanken und Erkenntnisse, sie gerne in jeweiliges Arbeiten überführen möchten. Durch die positiven Rückmeldungen und konstruktiven Nachfragen der Tagungsteilnehmenden sei es möglich gewesen, sich vor Augen zu führen, dass man bereits auf einem gutem Weg sei, was den Umgang mit Konflikten angeht. Auch habe die Tagung aufgezeigt, wie wertvoll der gegenseitige Austausch und die Vernetzung untereinander sei, um sich gegenseitig Mut machen zu können angesichts des gegenwärtigen Krisenerlebens.



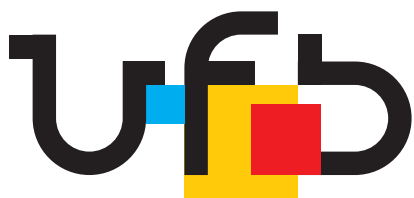


## K3B – Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung des Vereins zur Förderung der Bildung – VFB Salzwedel e.V.

Das K3B Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung des VFB Salzwedel e.V. bietet Landkreisen, Städten und Gemeinden Beratung im Umgang mit entstehenden oder bereits eskalierten Konflikten an. Wir begleiten lokale Akteur\*innen aus Politik, Zivilgesellschaft und Verwaltung dabei, die komplexe Gemengelage lokaler Konflikte zu entwirren, Bedürfnisse verschiedener Interessengruppen herauszuarbeiten, die Wirkung (oder fehlende Wirkung) jeweiliger Lösungsansätze zu verstehen und weitere zu entwickeln.

Wir sind angesiedelt in Salzwedel in Sachsen-Anhalt und arbeiten bundesweit. Ausgerichtet an jeweiligen lokalen Bedarfen beraten wir zu Konflikten um Beteiligung, Integration und Migration, Strukturwandel, Sicherheit, Stadtumbau uvm. In Zusammenarbeit mit Universitäten, Forschungseinrichtungen und Netzwerkpartner\*innen entwickeln wir das Wissen zu kommunalen Konflikten und ihre Bearbeitung weiter und stellen Erfahrungen bereit.

Der Verein zur Förderung der Bildung – VFB Salzwedel e.V. ist ein freier Bildungsträger, der seit 1993 ist ein freier Bildungsträger, der seit 1993 Förderprogramme der beruflichen Bildung umsetzt, ambulante Jugendhilfe und Schulsozialarbeit koordiniert sowie Maßnahmen zur Demokratieförderung durchführt. Er ist Träger des Kompetenzzentrums Kommunale Konfliktberatung mit Sitz in Salzwedel.



Die Partnerfachtagung wurde ausgerichtet im Rahmen der Vorhaben „Vielfalt und Integration gemeinsam gestalten - Strategien für Kommunen im Wandel“, „Kurzzeitige Intervention in akuten Konfliktsituationen“ sowie dem „Netzwerk Lokale Konflikte und Soziale Emotionen in Urbanen Räumen: Transdisziplinäre Konfliktforschung in Wissenschaft-Praxis-Kooperation“ statt. Sie richtet sich an gegenwärtige und zukünftige Partner des K3B - Kompetenzzentrums Kommunale Konfliktberatung des VFB Salzwedel sowie Verantwortliche in Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Zivilgesellschaft

Gefördert durch:



Bundesministerium des Innern und für Heimat

aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages



**Finanziert von der Europäischen Union**

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium für Bildung und Forschung

Gefördert vom



Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

**Demokratie leben!**

SACHSEN-ANHALT

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Gefördert im Rahmen des Landesprogramms

**#WIRSINDASLAND**

DEMOKRATIE, VIELFALT, WELTOFFENHEIT IN SACHSEN-ANHALT

Heidehof Stiftung

FREUDENBERG STIFTUNG

DIALOGE & BEGEGNUNGEN

Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen



Bündnis für Brandenburg

*...weil es um Menschen geht!*

Gefördert mit Mitteln des Bündnisses für Brandenburg

Diese Maßnahme wird mitfinanziert mit Steuermitteln auf Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes.

WELTOFFENES SACHSEN

Gefördert durch

STAATSMINISTERIUM FÜR SOZIALES UND GESELLSCHAFTLICHEN ZUSAMMENHALT



Freistaat SACHSEN



Landespräventionsrat Thüringen